



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Verena Hess

**Lessons from Iraq: Eine
kritische Reflexion der
Demokratieförderung der USA
im Irak**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Petra Sytkow
SoSe 2016

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Gendererklärung.....	4
1 Einleitung	5
2 Theoretische Rahmung.....	7
2.1 Der Begriff Demokratieförderung	7
2.2 Verortung der Politik der USA im Irak im Rahmen von Demokratieförderung	11
2.3 Die ideologische Einordnung der Demokratieförderungspolitik der USA im Irak	15
3 Die Demokratieförderungspolitik der USA im Irak in der politikwissenschaftlichen Diskussion.....	17
3.1 Die Ziele	17
3.2 Die (Miss-)Erfolge	23
3.3 Die Ursachen für das nicht-Erreichen der gesetzten Ziele	26
4 Kritische Bewertungen des Einsatzes in der politikwissenschaftlichen Debatte: Effektivität, Legitimität und Legalität	39
5 So what? Konsequenzen für zukünftige Demokratieförderungspolitik.....	46
Literaturverzeichnis	48
Eigenständigkeitserklärung	55

Abkürzungsverzeichnis

CBRN-Waffen	Chemische, Biologische, Radiologische und Nukleare Waffen
CPA	Coalition Provisional Authority
ICISS	International Commission on Intervention and State Sovereignty
IGC	Iraqi Governing Council
MENA	Middle East and Northern Africa
NED	National Endowment for Democracy
NGO	Non-Governmental Organisation (Nicht-Regierungsorganisation)
NSS	National Security Strategy
USAID	U.S. Agency for International Development
WMD	Weapons of Mass Destruction (Massenvernichtungswaffen)

Gendererklärung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Bachelorarbeit die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

1 Einleitung

Etwa drei Jahre nach der amerikanischen Intervention im Irak, welche den Begriff *Operation Iraqi Freedom* prägte, begann in der politikwissenschaftlichen Literatur eine kritische Diskussion zu diesem Einsatz. Die Idee in Folge des militärischen Einsatzes im Irak eine Demokratie etablieren zu können, welche sodann eine Welle der Demokratisierung im Mittleren Osten auslösen würde, muss dabei mit Blick auf die heutige Situation im Irak als gescheitert angesehen werden. Die blutigen Konflikte zwischen den ethnisch-religiösen Gruppen insbesondere der Schiiten, Sunniten und Kurden konnten durch den amerikanischen Einsatz nicht beendet werden. Hinzu kommt eine verstärkte Ausbreitung der sunnitisch-islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat innerhalb des Iraks, welcher im Januar 2014 die Eroberung der beiden irakischen Städte Ramadi und Falludscha gelang, was zu heftigen Kämpfen mit den irakischen Regierungstruppen führte. Zugleich leidet das Land in Folge dessen verstärkt unter terroristischen Anschlägen, welche häufig viele zivile Opfer fordern.

Vor dem Hintergrund dieser fatalen Situation in Folge eines Einsatzes, welcher heute in der wissenschaftlichen Literatur im Rahmen einer Demokratieförderungspolitik diskutiert wird, erscheint es fast unwirklich, dass unter Anwendung desselben Vorgehens bereits mehrfach eine erfolgreiche Demokratisierung anderer Staaten eingeleitet werden konnte. Als Paradebeispiel für eine gelungene Demokratisierung mittels militärischer Gewalt gelten dabei insbesondere die Interventionen in Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei die erfolgreichen Bemühungen demokratischer Staaten Demokratie zu verbreiten und in anderen Staaten zu fördern, zunächst zu beweisen schienen, dass es durchaus gelingen kann, Demokratie auf einen anderen Staat zu übertragen (vgl. Dobbins (2003): S.87-88).

Für die USA besteht in der Demokratieförderung seit jeher ein wesentlicher Bestandteil amerikanischer Außenpolitik. Zeichnete sich die Strategie, nach den ersten Erfolgen demokratiefördernder Interventionen, während des Kalten Krieges zunächst durch eine Politik des *Containment* und *Deterrence* aus, um den Status quo zu erhalten und keine Machtverschiebungen zu verursachen, so eröffneten sich ab 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion für Amerika die Möglichkeit einen verstärkt interventionistischen Stil zu entwickeln (vgl. Dobbins (2003): S.88-89). Dabei gewann jedes neue Demokratieförderungsvorhaben an Umfang, sowie die dabei verfolgten Ziele an Ehrgeiz: bestand das Interesse in Somalia anfangs noch in einer humanitären Hilfestellung, so weitete sich dieses bald zu dem Versuch einer umfassenden Demokratisierung des Staates aus (vgl. Dobbins (2003): S.89). Ebenso die Fälle in Haiti, Bosnien und dem Kosovo, welche jedoch bis heute das Ziel einer Demokratisierung nicht erreichen konnten.

Das Beispiel des Iraks nimmt nun also nicht aufgrund der bisher ebenfalls gescheiterten Demokratisierung eine Sonderstellung ein, sondern vielmehr aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Region *Middle East an Northern Africa* (MENA), welche nicht in erster Linie eine geographisch zusammenhängende Region beschreibt, sondern vor allem Staaten bezeichnen soll, welche über

geteilte ideologische Aspekte, eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte verbunden sind (vgl. Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (2015)). Damit könne Bridoux zu Folge auf eine hinreichend große Ähnlichkeit dieser Staaten geschlossen werden, sodass es für den Verlauf zukünftiger Demokratieförderungsprogramme innerhalb dieser Region durchaus von Bedeutung ist, Lehren aus dem Vorgehen im Irak zu ziehen (vgl. Bridoux, (2011)).

Die vorliegende Arbeit befasst sich vor diesem Hintergrund also mit der Frage, welche Aspekte in Bezug auf die Demokratieförderungspolitik der USA im Irak in der politikwissenschaftlichen Literatur diskutiert werden, sodass in Folge Lehren für ähnlich gelagerte Fälle aus dem Beispiel des Irak gezogen werden können. Die Aufgabe ist es daher die Kernargumente und Kritikpunkte der politikwissenschaftlichen Literatur strukturiert darzustellen, sodass eine kritische Reflexion der Demokratieförderungspolitik der USA im Irak möglich wird. Das Ziel dabei ist, durch die systematische Darstellung der in der Literatur kontrovers diskutierten Aspekte, die Schwächen des Vorgehens im Irak erkennen zu können. Diese stellen wiederum Anhaltspunkte für eine Optimierung der zukünftigen Demokratieförderungspolitik dar und sollen aufzeigen, welche Aspekte es sich lohnt dabei verstärkt in den Blick zu nehmen. Es werden jedoch keine konkreten Verbesserungsvorschläge formuliert, vielmehr soll diese Studie eine Basis für solche Überlegungen schaffen.

Als thematische Schwerpunkte dieser Debatte lassen sich insbesondere die *Ziele* des Einsatzes, die entsprechend zu identifizierenden (*Miss-*)*Erfolge*, sowie deren mögliche *Ursachen* als Themenfelder herausarbeiten. Alle drei Aspekte tragen also dazu bei, letztlich die Ansatzpunkte für mögliche Verbesserungen identifizieren zu können. Die Debatte um die, dem Irak-Einsatz zu Grunde liegende Zielsetzung ist dabei deshalb relevant, da eine Verbindung zwischen dem primären Interesse des Einsatzes, sowie dessen konkreter Ausgestaltung hergestellt wird. Stimmen, welche beispielsweise die Glaubwürdigkeit des von Präsident Bush erklärten Ziels eine Demokratie im Irak etablieren zu wollen, in Frage stellen, glauben darin meist zugleich die Begründung für das Scheitern der Mission erkennen zu können. Die Argumentationen in der Debatte um die (*Miss-*)*Erfolge* der Irak-Intervention liefern in Bezug auf die Forschungsfrage sodann erste konkrete Hinweise, worin die Schwächen der Mission vermutet werden. Mögliche Erklärungen für die identifizierten (*Miss-*)*Erfolge* des Einsatzes werden sodann aus der politikwissenschaftlichen Debatte über mögliche Ursachen für den heute beobachtbaren Status quo herausgearbeitet und dienen quasi als Verbindungsstück zwischen Zielen und den diskutierten (*Miss-*)*Erfolgen*.

Der Vertiefung dieser Schwerpunkte geht dabei eine konzeptionelle Rahmung des Vorgehens der USA im Irak voraus, so wird zunächst das Feld der Demokratieförderungspolitik definitorisch abgesteckt (2.1), sodass in Folge die US-Intervention im Irak, welche mit dem militärischen Einsatz in Bagdad am 20.03.2003 begann und mit dem vollständigen Abzug der Truppen im Jahr 2011 vorläufig endete, innerhalb dieses Politikbereiches verortet werden kann (2.2). Zum besseren Verständnis der ideologischen Grundlage amerikanischer Demokratieförderungspolitik und, um den theoretischen Teil

der Arbeit abzuschließen, soll außerdem noch ein kurzer Umriss dieses Unterbaus gegeben werden (2.3).

Der Hauptteil der Arbeit ist sodann entsprechend der drei Themenfelder gegliedert. So werden zunächst die verschiedenen, in der Literatur diskutierten Zielsetzungen, sowie die seitens der US-Regierung erklärten Interessen, welche durch die Demokratieförderungspolitik im Irak verfolgt werden sollten, dargestellt (3.1). Im Anschluss daran folgt eine Darstellung der Diskussion zu den (Miss-)Erfolgen der Intervention, welche sich maßgeblich an den jeweils zu Grunde gelegten Zielvorstellungen bemessen lassen (3.2). Der letzte Aspekt dieses Kapitels befasst sich sodann mit den in der politikwissenschaftlichen Literatur diskutierten, möglichen Ursachen für die mehrheitlich als Misserfolg bewertete Demokratieförderungsmission im Irak (3.3).

Vor dem Hintergrund dieser Darstellungen setzt sich ein letztes Kapitel sodann mit den in der politikwissenschaftlichen Literatur vorgenommenen Bewertungen des Einsatzes auseinander (4). Diese sind insofern relevant für das Vorhaben einen strukturierten Überblick über die Diskussion zu geben, sowie Anhaltspunkte für zukünftige Verbesserungen ausfindig zu machen, als dass diese einige grundlegende Fragen in Bezug auf das Konzept der Demokratieförderung an sich diskutieren. Dabei scheint zwar ein breiter Konsens in Bezug auf die Demokratie als universell anerkannte Wertigkeit zu bestehen, die Meinungen in Hinblick auf das vertretbare Ausmaß der aktiven Demokratieförderung fallen jedoch unterschiedlich aus. Demokratieförderung und insbesondere der Einsatz der USA im Irak, soll im Zuge dieses letzten Kapitels also aus verschiedenen Perspektiven heraus betrachtet werden. Die normativen Kategorien, welche dazu herangezogen werden, sind: Effektivität, Legitimität, sowie Legalität (vgl. Grimm/Merkel, (2008): S.461). Dabei beeinflusst wiederum jede dieser Sichtweisen, die normative und empirische Einschätzung von Demokratieförderung, wie sie beispielsweise auch im Irak stattgefunden hat.

Als Fazit dieser Arbeit sollen zuletzt die Ergebnisse kurz zusammengefasst werden, sodass im Anschluss ein Überblick über die in der politikwissenschaftlichen Literatur geführte Debatte zur amerikanischen Demokratieförderungspolitik im Irak, gegeben werden kann, welcher sodann Aufschluss darüber gibt, welche Schwächen am Beispiel des Iraks abzulesen sind, die es zukünftig besser zu machen gilt (5). Die Aufgabe konkrete Verbesserungsvorschläge zu formulieren, kann dabei als Ausblick für zukünftige Arbeiten, auf Basis dieser Studie gelten.

2 Theoretische Rahmung

2.1 Der Begriff Demokratieförderung

Um im Anschluss die Politik der USA im Irak im wissenschaftlichen Feld der Demokratieförderung verorten zu können, soll zunächst eine Konzeption des Begriffes, sowie eine Einführung der Maßnahmen und Instrumente die zur Förderung von Demokratie zur Anwendung kommen, gegeben werden. Der Fokus liegt dabei stets auf den internationalen Aspekten von

Demokratisierungsprozessen, also den externen Faktoren, welche demokratische Entwicklungen in einem Staat beeinflussen (vgl. Beichelt (2012): S.1). Aus diesem Grund wird in Folgendem der Begriff *Demokratieförderung* mit dem *externer Demokratieförderung* synonym verwendet.

Folgt man der Konzeption von Beichelt, so beschreibt Demokratieförderung eine Reihe von Maßnahmen, welche von außerstaatlichen Akteuren ergriffen werden und auf Akteure eines anderen Staates gerichtet sind, um das nicht-demokratische System eines Landes zu überwinden (vgl. Beichelt (2012): S.2) mit dem Ziel demokratische Strukturen und Institutionen entweder in ihrem Entstehen zu unterstützen, oder diese von Grund auf zu erschaffen (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.2). Dabei wird aus Perspektive der westlichen Staaten Demokratie meist durch die Existenz freier und fairer Wahlen, einer liberalen Verfassung, sowie der Gewährleistung grundlegender Rechte für die Bevölkerung definiert und entspricht damit dem Modell einer *liberalen* Demokratie (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.2). Vor diesem Hintergrund lassen sich also drei Elemente in Bezug auf eine Demokratieförderung unterscheiden: die *Förderer* von Demokratie, die *Empfänger* der Demokratieförderungsmaßnahmen, sowie die *Maßnahmen*, welche zur Förderung von Demokratie angewendet werden und die beiden Akteursgruppen miteinander verknüpfen (vgl. Beichelt (2012): S.2). Bei den Akteuren, welche Demokratie zu fördern suchen, kann es sich dabei sowohl um nationale Regierungen, internationale oder intergouvernementale Organisationen, als auch um transnationale oder gesellschaftliche Akteure handeln und ebenso vielfältig sind die möglichen Instrumente, welche zur Demokratieförderung angewendet werden können (vgl. Beichelt (2012): S.2). In der Literatur lassen sich dazu vier Einflusslogiken erkennen, nach welchen externe Akteure innerhalb eines anderen Staates Demokratie fördern (vgl. Magen/McFaul (2009): S.11). Die Einflusslogik der *Kontrolle* greift dabei tief in die Souveränität des Zielstaates ein. So werden Regierungsinstitutionen und andere innerstaatliche Strukturen durch den extern eingreifenden Staat zunächst beherrscht, wobei versucht wird diese in eine demokratische Form zu transformieren (vgl. Magen/McFaul (2009): S.12). Dieses Vorgehen kann insbesondere bei der Besetzung eines Staates nach einer kriegerischen Auseinandersetzung oder der Kolonialisierung eines Staates beobachtet werden (vgl. Magen/McFaul (2009): S.12). Die vorübergehende Befehlsgewalt des externen Staates umfasst dabei die Überwachung politischer Vorgänge, sowie die Autorität über exekutive und Verwaltungsaufgaben (vgl. Magen/McFaul (2009): S.12). Damit reicht das Spektrum von *sanfter Kontrolle* über einen kurzen Zeitraum, bei welcher schon früh Teilkompetenzen wieder an lokale Autoritäten des Zielstaates abgegeben werden, um so die Abhängigkeit des Zielstaates vom intervenierenden Staat gering zu halten, bis hin zu restriktiven Langzeiteingriffen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.12). Die zweite Einflusslogik funktioniert über *materielle Anreize*. Dabei wird seitens des intervenierenden Staates versucht, durch die Androhung von Strafmaßnahmen bzw. das in Aussicht stellen positiver Gegenleistungen, das Kosten-Nutzen-Verhältnis für den Zielstaat so zu beeinflussen, dass jener demokratische Reformen unternimmt (vgl. Magen/McFaul (2009): S.12). Damit basiert diese Strategie auf einer akteurszentrierten, rationalen Verhandlungslogik, wobei das Kosten-Nutzen-Verhältnis zur Umsetzung der geforderten Reformen

sowohl von dem Potenzial der Anreize, als auch von der Verhandlungsmacht der Zielstaaten abhängig ist (vgl. Magen/McFaul (2009): S.13). Grundlage für eine aussichtsreiche Umsetzung von Konditionalität ist jedoch, anders als etwa bei der Einflusslogik der Kontrolle, ein Minimum autonomen, politischen Willens seitens der politischen Akteure des Zielstaates (vgl. Magen/McFaul (2009): S.13). Als dritte Einflusslogik zur Demokratieförderung lässt sich *normative Überzeugung* nennen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.14). Diese geht davon aus, dass die Akteure des Zielstaates demokratiefördernder Maßnahmen maßgeblich von einer *Logik der Angemessenheit* beeinflusst sind (vgl. Magen/McFaul (2009): S.14). Demnach ist die externe Wirkmächtigkeit auf die demokratische Entwicklung eines Staates nicht, wie bei dem Modell materieller Anreize, von einem rein rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül bedingt, sondern vielmehr gelingt eine solche Einflussnahme dann, wenn demokratische Prinzipien und Institutionen innerhalb eines Zielstaates als legitim und wertekonform erachtet werden (vgl. Magen/McFaul (2009): S.14). Externe Akteure haben demnach die Möglichkeit über soziale Prozesse, Argumente und Überlegungen zu induzieren, sodass eine Internalisierung demokratischer Normen, *Policies* und Institutionen im Zielland stattfindet (vgl. Magen/McFaul (2009): S.14). Eine vierte Einflusslogik der Demokratieförderung ist das *Capacity-Building*, wobei eine Angleichung an demokratische Normen Großteils durch *Knowledge-Sharing* und die Stärkung der Kapazitäten des Zielstaates angestrebt wird (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15). Der Grundgedanke dieses Modells besteht darin, dass ein Mangel an Demokratie stets auf Unzulänglichkeiten eines Staates in Bezug auf institutionelle, finanzielle und menschliche Kapazitäten zurückzuführen ist (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15). Instrumente zur Umsetzung dieser Einflusslogik sind folglich darauf ausgelegt, die Akteure des Zielstaates etwa durch die Bereitstellung von Informationen, finanzieller und technischer Hilfestellung zu stärken, vorausgesetzt es besteht eine Neigung derer hin zu demokratischen Entwicklungen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15).

Neben dieser Unterscheidung der Einflusslogiken, kann auch noch zwischen verschiedenen Herangehensweisen zur Demokratieförderung unterschieden werden. Eine dieser Unterscheidungen betrifft die Frage, ob der Fokus der demokratiefördernden Maßnahmen auf den Staat oder auf die Zivilgesellschaft ausgerichtet ist (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15). Im ersten Fall spricht man von einer *top-down* Herangehensweise, wobei insbesondere der Staat das Ziel der Demokratieförderung darstellt, also die nationalen bzw. lokalen Regierungen, die Gerichtsbarkeit und das Militär (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15). Bei einer *bottom-up* Strategie hingegen richten sich die Maßnahmen verstärkt an die Zivilbevölkerung, Minderheitengruppen, religiöse, kulturelle, Jugend- und Bildungseinrichtungen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.15), also auf die so genannte *grass-root* Ebene. Eine weitere Unterscheidung, welche in Bezug auf Demokratieförderung vorgenommen werden kann differenziert *direkte* und *indirekte* Maßnahmen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.16). Bei Formen *direkter* Demokratieförderung tritt der intervenierende Staat bzw. dessen Zivilbevölkerung unmittelbar mit dem Zielstaat in Kontakt und hat damit die volle Kontrolle über das Vorgehen (vgl. Magen/McFaul (2009): S.16). *Indirekte* Demokratieförderung zeichnet sich hingegen dadurch aus,

dass der intervenierende Staat über Dritte, also beispielsweise internationale, staatliche oder nicht-staatliche Organisationen Einfluss auf den Zielstaat ausübt (vgl. Magen/McFaul (2009): S.16).

Der Begriff der Demokratieförderung umfasst also eine Vielfalt an Maßnahmen zur Erleichterung demokratischer Entwicklungen in anderen Staaten: von der Unterstützung bereits begonnener Demokratisierungstendenzen, der Anwendung von Konditionalitätsmechanismen, bis hin zu militärischen Interventionen (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.3). Um solche Eingriffe in andere Staaten rechtfertigen zu können, dient nun die *Theorie des Demokratischen Friedens* quasi als Legitimitätsgrundlage. US-Präsident Woodrow Wilson erklärte dabei erstmals Demokratie zum zentralen Aspekt für eine friedliche Weltordnung unter freiem Handel und kollektiver Sicherheit (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.4). Aus dieser, unter der Bezeichnung *Wilsonianism* bekannt gewordenen Vorstellung, leitet sich in Folge die Idee, dass Demokratie weltweit gefördert werden sollte, ab (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.4): „Wilson’s new world was built on the belief that democracies do not fight each other; a community of democratic states will outlaw war for good“ (Bridoux/Kurki (2014): S.4). Demokratieförderung wird dabei also sowohl mit einem normativen, als auch einem genuin strategischen Interesse verbunden: neben den eigenen Vorteilen, in Bezug auf mehr Sicherheit und erweiterte Handelsbeziehungen, dem kollektiven Interesse internationalen Friedens und gemeinsamer Kooperationen, wird auch das Interesse der Bevölkerung des Zielstaates, ein Leben unter demokratischen Bedingungen führen zu können, bedient (vgl. Wolff/Wurm (2011): S.4).

Dennoch bleibt ein fundamentales Legitimitätsproblem in Bezug auf Demokratieförderung bestehen denn selbst wenn kein gewaltsamer Eingriff stattfindet, so handelt es sich bei demokratiefördernden Maßnahmen dennoch um offensive Interventionen in das politische Regime eines anderen Staates und damit um eine Verletzung der internationalen Norm der Selbstbestimmung¹, welche ursprünglich eine Politik der Zurückhaltung und des *non-Intervention* fordert (vgl. Wolff/Wurm (2011): S.8)². Dennoch erscheint aber Demokratie als internationale Richtlinie, sowie die breite Zustimmung diese global zu fördern stärker als jemals zuvor, wobei in den letzten Jahrzehnten insbesondere der Schutz von Menschenrechten und Individuen zunehmend als internationales Statut an Bedeutung gewann (vgl. McFaul (2004): S.153; Magen/McFaul (2009): S.6). Die Idee „people have a right to democracy [...] no matter where they live, and that rulers face constraints, no matter what challenges they face“ (McFaul (2004): S.155) gewinnt also gegenüber der Norm der Unverletzlichkeit der Staatssouveränität international immer mehr an Zustimmung. Dies zeigt sich auch an der Selbstdarstellung vieler Autokraten, welche ihr System als demokratisch oder zumindest in Begriff eine demokratische Entwicklung zu unterlaufen, verstanden wissen wollen (vgl. McFaul (2004): S.151; Magen/McFaul (2009): S.6). Die gegenwärtige in Frage Stellung der Legitimität von Demokratieförderung bezieht sich also im Wesentlichen nicht auf die Idee der Förderung von Demokratie an sich, sondern vielmehr auf die, zu diesem Zweck als legitim erachteten Instrumente und Maßnahmen. Dabei scheint die

¹ Sonja Grimm benennt dies mit dem Begriff des *benevolent intervention dilemma* (vgl. Grimm, (2010): S.119-126).

² Stephen Krasner merkt dazu in seinem Buch *Sovereignty: Organized Hypocrisy* jedoch an, dass diese Norm stets verletzt wurde und nur scheinbar jemals existierte (vgl. Krasner (1999)).

maßgebliche Kontroverse insbesondere zwischen dem als legitim geltenden Ziel der Generierung einer besseren Welt und der illegitimen Durchsetzung eigener strategischer, ökonomischer oder sicherheitsrelevanter Interessen zu bestehen (vgl. Bridoux/Kurki (2014): S.6). Zumindest in Bezug auf militärische Eingriffe im Zeichen der Demokratieförderung gilt dabei jedoch rein formal: „decisions concerning the legal legitimization of wars are usually dependent on the UN Security Council, a political committee [...] [where] the principle of sovereignty is still existent and stands in contrast to the universal validity of human rights“ (Beichelt (2012): S.5). Damit besteht die schwierige Aufgabe der UN also darin, stets einen Kompromiss zwischen der Wahrung der Staatssouveränität und der Befürwortung eines externen Eingriffs, etwa zum Schutz der Menschenrechte zu finden.

2.2 Verortung der Politik der USA im Irak im Rahmen von Demokratieförderung

Mit den Anschlägen des 11. September 2001 durch das Terrornetzwerk *Al Qaeda* veränderte sich die Einschätzung der USA in Bezug auf die Gefährdung ausgehend von nicht-demokratischen Staaten, welche mutmaßlich Massenvernichtungswaffen (Chemische, Biologische, Radiologische und Nukleare Waffen: *CBRN-Waffen*) besitzen und über die, jene Waffen in die Hände von Terroristen gelangen könnten (vgl. Haun (2010): S.224). Wenngleich nun keine zuverlässigen Hinweise auf eine Verbindung zwischen dem Irak und der *Al Qaeda* vorlagen, so geriet dennoch insbesondere dieser Staat in den Fokus amerikanischer Außenpolitik, wobei US-Präsident George W. Bush diesen als Teil der „axis of evil, arming to threaten the peace of the world“ (Bush (2002a)) bezeichnete³.

Der UN-Sicherheitsrat erließ vor diesem Hintergrund im November 2002 die Resolution 1441, welche den Irak dazu aufforderte innerhalb von 30 Tagen den Umfang seines CBRN-Waffenprogramms offen zu legen sowie in vollem Umfang mit den entsandten UN-Inspektoren zusammenzuarbeiten (vgl. Haun (2010): S.224). Diese Maßnahme wurde dabei durch die Androhung der USA, bei nicht Befolgen dieser Anordnungen die Regierung unter Saddam Hussein zu stürzen, verstärkt (vgl. Haun (2010): S.224). In Folge, kam der Irak den geforderten Anweisungen nach, kooperierte mit den UN-Inspektoren und legte sein CBRN-Waffenprogramm offen, wobei heute angenommen wird, dass bereits vorangegangene UN-Untersuchungen und US-Luftangriffe in den 1990ern zur Auflösung der CBRN-Waffenbestände des Iraks geführt hatten (vgl. Haun (2010): S.225). Die Zuverlässigkeit der Aussagen Saddam Husseins bezüglich eines möglichen Waffenbesitzes wurde jedoch, durch die zuvor aus Gründen der Abschreckung eigens generierte Ambiguität in Bezug auf den Status der CBRN-Waffenprogramme, negativ beeinflusst (vgl. Haun (2010): S.235-236)⁴. Zudem stellte die USA die Glaubwürdigkeit Saddam Husseins generell in Frage: „He deceives. He delays. He denies. And the

³ Die von Bush infolgedessen eingeleitete präventive Strategie richtet sich gleichfalls allein auf den Irak, obwohl sowohl der Iran als auch Nord Korea zu diesem Zeitpunkt mutmaßlich über CBRN-Waffen verfügten, sowie den USA gleichsam nicht als vertrauenswürdig galten (vgl. Haun (2010): S.233).

⁴ Die Situation Saddam Husseins wird vor diesem Hintergrund wiederholt als Dilemma beschrieben: „if he continued to deny Iraq had any weapons of mass destruction (WMD), the U.S. would label him a liar and, if he produced WMD, the U.S. would call him a cheat“ (vgl. Haun (2010): S.246).

United States and, I'm convinced, the world community, aren't going to fall for that kind of rhetoric by him again“ (Bush, (2002b)).

Nachdem die USA in Folge dieser Überzeugung den Besitz von CBRN-Waffen durch den Irak als gesichert verkündete und damit eine Verletzung der UN-Resolution 1441 diagnostizierte, sprach Bush am 17.März 2003 ohne erneute Rücksprache im Rahmen der Vereinten Nationen, ein 48-Stunden-Ultimatum für Saddam Hussein und seine Söhne aus, mit der Aufforderung das Land binnen dieser Zeit zu verlassen (vgl. Haun (2010): S.235). Aufgrund der Zuwiderhandlung Saddam Husseins leitete Amerika daraufhin am 20.März 2003 ohne ein UN-Mandat, jedoch mit der Unterstützung Großbritanniens, die Invasion des Iraks ein (vgl. Haun (2010): S.226-227)⁵. Bereits Anfang April war Saddam Husseins Regime gestürzt und am 1.Mai 2003 erklärte US-Präsident Bush den militärischen Haupteinsatz für beendet (vgl. Haun (2010): S.227).

Die Herausforderung für Amerika bestand nun darin, die entstandene Lücke politischer Autorität zu füllen und eine neue Ordnung zu etablieren, um Konflikte zwischen den vielfältigen, häufig unvereinbaren religiösen, ethnischen und regionalen Gruppen im Vorfeld zu vermeiden (vgl. Diamond (2005): S.9). Zudem galt es die Bevölkerung mit den demokratischen Leitgedanken vertraut zu machen, sodass in einem weiteren Schritt die Entwicklung einer neuen Verfassung stattfinden kann in deren Rahmen letztlich freie und faire Wahlen abgehalten werden, welche die neue Regierung legitimieren (vgl. Diamond (2005): S.9-10).

Die USA verpassten jedoch zunächst die Gelegenheit direkt nach dem Sturz des Regimes eine geregelte Ordnung wiederherzustellen, sodass erst Mitte März 2003 in Form der *Coalition Provisional Authority* (CPA) ein Instrument zum Aufbau einer politischen und wirtschaftlichen Struktur eingesetzt wurde (vgl. Diamond (2005): S.10). Die CPA bestand dabei aus einem Verwaltungsapparat unter dem Vorsitz des amerikanischen Diplomaten L. Paul Bremer, mit dem Ziel des Wiederaufbaus der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, der Demokratisierung politischer Institutionen, sowie der Zivilbevölkerung und der Etablierung einer stabilen, repräsentativen Regierung, um Sicherheit und die Wahrung der Menschenrechte gewährleisten zu können (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.332). Jedoch führte die Implementierung dieses Organs unter der Bevölkerung des Iraks insbesondere zu der Empfindung einer Besetzung des Staates durch Amerika (vgl. Diamond (2005): S.10). Wenngleich ursprünglich seitens der USA keine längere Phase einer derartigen Besatzung geplant war, sondern vielmehr mit einer raschen Machtübergabe an eine irakische Übergangsregierung unter der Führung pro-westlicher Akteure gerechnet wurde, veranlasste die unzureichende Umsetzung der geplanten Ziele den intervenierenden Staat dennoch zu einer Verlängerung der Okkupation (vgl. Diamond (2005): S.10). Im weiteren Verlauf des Bestehens der CPA erhöhten die, dabei mit einbezogenen irakischen Partner jedoch den Druck zur Übergabe der Autorität an eine Übergangsregierung unter

⁵ Während zudem die *Koalition der Willigen* den Einsatz militärisch und politisch – im Vergleich zu den Ausgaben der USA jedoch nur geringfügig - unterstützte, sprachen sich insbesondere Frankreich, Russland und Deutschland wiederholt gegen eine militärische Intervention und für die Weiterverfolgung der Ziele der UN-Resolution 1441 aus: „There is still an alternative to war. The use of force can only be considered as a last resort“ (Craig (2003)).

irakischer Führung (vgl. Diamond (2005): S.10). Diese Forderung führte in Folge zur Gründung des *Iraqi Governing Council* (IGC) im Juli 2003, wobei sich Bremer sowohl die Vormachtstellung, als auch eine Vetomacht über alle Beschlüsse des IGC vorbehielt (vgl. Diamond (2005): S.10). Dennoch bestand die Möglichkeit für den IGC Minister zu ernennen, die neue Verfassung zu ratifizieren und die Wahlen zu einer neuen Regierung durchzuführen (vgl. Diamond (2005): S.11). Da der IGC jedoch keine Anstrengung unternahm, Wahlen abhalten zu lassen und vielmehr eine *Ernennung* der Regierungsmitglieder befürwortete legte die USA angesichts des bevorstehenden Ablaufs des von der UN ausgesprochenen Ultimatums zur Vorlegung eines Ablaufplans zur Systemtransformation durch den IGC, mit dem *November 15 Agreement* einen eigenen Zeitplan vor (vgl. Diamond (2005): S.11). Dieser setzte das Datum zur Beendigung der Besatzung auf den 30.Juni 2004 fest, wobei zuvor der IGC mit dem *Transitional Administrative Law* eine Übergangsverfassung erarbeiten und beschließen sollte, unter welcher sodann noch vor Abzug der Besatzungstruppen über ernannte Mitglieder regionaler Ausschüsse indirekt die Wahl einer neuen Übergangsregierung stattfinden könne (vgl. Diamond (2005): S.11). Die direkten Wahlen sollten sodann Ende des Jahres durchgeführt werden, also im Anschluss an eine konstituierenden Sitzung, bei der ein Komitee zur Verfassungsentwicklung direkt gewählt wurde und welches in Folge eine Verfassung beschließen sollte (vgl. Diamond (2005): S.11). Gegen Ende der Besatzungszeit wurde jedoch klar, dass noch keine zuverlässige Wahl der Übergangsregierung gewährleistet werden könne (vgl. Diamond (2005): S.12). Als Lösung wurde sodann eine neue Übergangsregierung eingesetzt, wobei berücksichtigt wurde, dass amerikanische, irakische und die Interessen des IGC gleichsam vertreten sind (vgl. Diamond (2005): S.12). Zudem wurde der 31. Januar 2005 als neuer, letztmöglicher Termin für die Wahl einer neuen Übergangsregierung festgelegt (vgl. Diamond (2005): S.12). Tatsächlich fand diese Wahl am 30.Januar 2005 statt, sodass in Folge von der gewählten Regierung eine neue Verfassung verabschiedet und im Dezember 2005 erneut Wahlen abgehalten werden konnten, wobei die Regierungsmitglieder nun auf eine Amtszeit von vier Jahren gewählt wurden. Da jedoch keine eindeutige Mehrheit einer Partei erreicht wurde, führte die Wahl zunächst nicht zu stabilen Verhältnissen und es kam erst am 21.Mai 2006 zu einer Regierungsbildung (vgl. Fürtig (2006): S.58). Nach dem Rückzug des amerikanischen Militärs aus Bagdad am 29.Juni 2009, verließen 2012 auch die letzten Besatzungstruppen das Land.

Wie ist dieser Einsatz nun im Kontext einer Demokratieförderungspolitik zu verstehen?

Zunächst lässt sich feststellen, dass der Systemzusammenbruch im Irak nicht auf einen internen Konflikt, etwa einen Bürgerkrieg zurückzuführen ist, sondern vielmehr extern durch eine militärische Intervention der USA bedingt wurde, mit dem erklärten Ziel der Terrorbekämpfung und Demokratieförderung (vgl. Diamond (2005): S.9). Dabei wurde die Intervention weder von irakischen Rebellengruppen noch von Akteuren auf internationaler Ebene, ausgenommen Großbritannien, unterstützt (vgl. Diamond (2005): S.9). Das Vorgehen der Bush Regierung orientierte sich also vor diesem Hintergrund im Wesentlichen an den Ereignissen aus dem Jahr 1989 in Osteuropa: „topple the

leader, pull down his statue, and let civil society take over“ (Kopstein (2006): S.88). Der Intervention im Irak lag entsprechend auch die Hoffnung zu Grunde, dass durch den Sturz und extern herbeigeführten Regimewechsel per Dominoeffekt eine ähnliche Entwicklung auch in anderen Staaten des Mittleren Ostens⁶, wie diese damals in Osteuropa zu beobachten war, angestoßen würde (vgl. Kopstein (2006): S.88). „The idea was to unleash civil society, back liberal political organizations, eliminate the tyrannical state from public life, and permit public opinion to bubble up from below, all of which would culminate in the apotheosis of democracy: the free and fair election“ (Kopstein (2006): S.88-89). Wenngleich dabei nur die Minimalanforderung, die Durchführung freier Wahlen für die Anerkennung eines Systems als demokratisch gefordert wird, so kann der Einsatz im Irak vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung durchaus als, im Zeichen einer Demokratieförderungspolitik stehend, verstanden werden.

Dies gilt auch in Hinblick auf das Vorgehen: so lässt sich der Einsatz zunächst der Einflusslogik der *externen Kontrolle* zuordnen. Dementsprechend rückte mit der militärischen Intervention der USA im Irak im Jahr 2003, insbesondere die Demokratieförderung durch Zwangsmaßnahmen in den Fokus der Öffentlichkeit, sowie der Wissenschaft (vgl. Beichelt (2012): S.4). Zu berücksichtigen bleibt diesbezüglich insbesondere, dass, wenngleich Bush die Verbreitung von Demokratie im Irak und dem Mittleren Osten als eine wesentliche Absicht der militärischen Operation erklärte (vgl. Beichelt (2012): S.4), dennoch zu keinem Zeitpunkt versucht wurde, Saddam Hussein zu einem Regimewechsel zu bewegen (vgl. Haun (2010): S.227). Dies gilt ebenso für das von Bush ausgesprochenen 48-Stunden-Ultimatum, wobei weder bei Befolgung die Unversehrtheit Saddams und seiner Familie, noch ein Verzicht auf die militärische Intervention seitens der USA in Aussicht gestellt wurde (vgl. Haun (2010): S.227). Die Demokratieförderungspolitik der Bush-Regierung stellt also ein stark restriktives Vorgehen dar, welches nicht auf das Interesse der Demokratisierung beschränkt bleibt, sondern auch die Vermutung zulässt, eigene, strategische Ziele anzustreben. Dabei treten nach den Anschlägen des 11.September insbesondere die amerikanischen Sicherheitsinteressen hervor. Was die Demokratieförderungspolitik Bushs also letztlich insbesondere ausmacht, lässt sich zusammenfassen als: „[...] [he] has elevated the long-standing American interest in the spread of democracy worldwide to an urgent national security objective by integrating it with the fight against terrorism“ (Melia (2005): S.1). Dabei betont der Präsident Demokratieförderung als Mittel, um gegen anti-amerikanischen Terrorismus vorzugehen, etwa durch den Sturz von Diktatoren, welche entweder Terrorismus unterstützen oder diesen durch ihre repressive Politik provozieren würden (vgl. Melia (2005): S.1).

⁶ Der Begriff wird in Folgendem gleichbedeutend mit der Bezeichnung *Middle East and Northern Africa* (MENA) erwendet und bezeichnet somit die Arabischen Staaten (Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman), die palästinensischen Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die angrenzenden nicht-arabischen Staaten, Iran, Israel und die Türkei sind dabei nicht mit eingeschlossen (vgl. Centrum für Nah- und Mittelost-Studien).

2.3 Die ideologische Einordnung der Demokratieförderungspolitik der USA im Irak

Die ideologische Idee zur Unterstützung, Etablierung und Verbreitung demokratischer Systeme in anderen Staaten, welche auch dem Einsatz im Irak zu Grunde liegt, hat in Amerika eine lange Tradition. So formulierte erstmals Woodrow Wilson als ideelles Ziel amerikanischer Außenpolitik, Demokratie als universelle Regel festzusetzen (vgl. Ikenberry (2000): S.105-106). Er begründete dies mit der Annahme, dass allen Völkern ein gleiches Interesse und Bestreben nach Frieden und Kooperation inhärent sei, was dazu führe, dass bei einer Bemächtigung des Volkes als regierende Gewalt sich quasi als logische Konsequenz eine demokratische Ordnung nach liberalen Maßstäben etablieren würde (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.509)⁷. Dieser Vorstellung entsprechend geht die *liberal Grand Strategy*, in deren Zeichen die amerikanische Demokratieförderungspolitik steht, davon aus, durch die Verbreitung liberaler Werte und Gewohnheiten unter Staaten mit kriegerischer Neigung, staatsinternen, sowie internationalen Frieden entstehen lassen zu können (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.501). Ähnlich dem Konzept des *Demokratischen Friedens*, welches einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden behauptet, geht dieses *liberal Peace-Modell* davon aus, dass die internen Strukturen einen wesentlichen Einfluss auf die Beziehung zweier Staaten zueinander haben, wobei gleiche, insbesondere demokratische Strukturen die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Verbindung erhöhen (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.500). Zudem teilen beide Theorien die Auffassung, dass sowohl die repräsentativen Institutionen, wie auch die gemeinsamen Wertvorstellungen liberal-demokratischer Gesellschaften, die Wahrscheinlichkeit gegenseitiger Angriffe verringere (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.500). Die Konzeption von Demokratie gemäß dem *liberal Peace-Modell* umfasst dabei auch die Adoption einer liberal-kapitalistischen Marktwirtschaft (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.501)⁸, wobei als Argument ein linearer Zusammenhang zwischen freiem Handel, welcher zu mehr staatlichem Wohlstand führe und in Folge den Aufbau demokratischer Strukturen begünstige, was wiederum Frieden bedinge, angeführt wird (vgl. Ikenberry (2000): S.113). Die dem zu Grunde liegende Annahme geht wiederum davon aus, dass alle Menschen hinreichend ähnliche Interessen besitzen, sowie nach rationalen Maßstäben handeln, sodass es, ohne die Unterdrückung durch ein nicht-demokratisches System, der Natur des Menschen entsprechend, zu kooperativem und gegenseitig gewinnbringendem Verhalten komme (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.514). Demgemäß gelte auch, dass die Menschen auf Gewalt verzichten und die gebotenen, liberalen Institutionen zum Ausdruck ihres Willens nutzen, sofern sie die Möglichkeit bekommen, sich durch ein repräsentatives, freies, demokratisches System, welches sich Missständen annimmt, vertreten zu lassen (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.514). Wenn des Weiteren auch ein Zugang zu freier Marktwirtschaft bestehe und der Staat

⁷ Wilson bezeichnete dies auch als *self-determination of peoples* (Quinn/Cox (2007b): S.509).

⁸ Cox et al. kritisieren diesbezüglich die Definition des Begriffs der Demokratie als zu eng gefasst, sodass nur eine geringe Spanne möglicher Entwicklungen als erstrebenswert gelten kann (vgl. Cox, et al. (2000)).

sein Handeln an dem Wohlergehen seiner Bürger orientiere, verkomme der Krieg in Folge zu einer irrationalen Option gegenseitigen Umgangs (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.514)⁹.

Um dieses Ziel zu erreichen galt mit Wilsons klassischem, liberalen Internationalismus in Hinblick auf Demokratieförderung zunächst der Grundsatz: „Americans would work by force of example rather than by force of arms to further the liberal cause worldwide“ (Smith (2013): S.21).

Mit der Regentschaft George W. Bushs änderte sich jedoch dieser eher passive Kurs des traditionellen, liberalen Internationalismus hin zu einer Form des progressiven Imperialismus auf Basis der *democratic Transition Theory*, der gemäß die Welt darauf warte von den Fesseln unfreier, nicht-demokratischer Systeme befreit zu werden (vgl. Smith (2013): S.26). Daraus leitet Bush in Folge eine Interventionspflicht (*Duty to intervene*) seitens Amerika ab, basierend auf der Vorstellung einer Verantwortlichkeit der demokratischen gegenüber nicht-demokratischen Staaten (*Responsibility to protect*) (vgl. Smith (2013): S.26), sodass sich die Legitimität des von Bush verfolgten progressiven Imperialismus aus einer Form des *just War*-Arguments entwickeln lässt (vgl. Smith (2013): S.30). Diese Idee findet sich auch in Bezug auf die Intervention im Irak, so stelle dieser Bush zu Folge ein grausames System dar, welches den Willen des genuin an Frieden und Kooperation interessierten Volkes, zur Durchsetzung eigener Ziele missbrauche (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.513). Dieses interventionistische Element wird dabei insbesondere in der 2002 entwickelten *National Security Strategy* (NSS) deutlich, wobei Bush Amerika als eine „radically interventionist power in pursuit of global reform“ (Quinn/Cox (2007b): S.513) beschreibt.

Die Überzeugung Bushs mit der Demokratisierung des Iraks eine Welle der Liberalisierung im Mittleren Osten auslösen und damit zugleich die Verbindung der bisher bestehenden, repressiven Staaten zu terroristischen Organisationen beenden zu können, verweist außerdem auf ein neokonservatives Element seiner Politik (vgl. Downes/Monten (2013): S.95). Demnach hat die USA nicht nur einen moralischen Grund für die Intervention im Sinne eines universalistischen Idealismus, sondern es steht insbesondere auch das nationale Interesse globaler Sicherheit im Fokus der Politik (vgl. Kurth (2005): S.311).

Die grundlegende Idee des *liberal Peace*, „that a free people under free institutions, with free markets, will be at peace with itself and with the rest of the world“ (Quinn/Cox (2007b): S.513), bleibt allerdings auch in der Strategie Bushs im Irak weiterhin enthalten und wird beispielsweise in dessen Überzeugung global für Demokratie und Freiheit eintreten zu wollen, deutlich.

⁹ Interkommunale Gewalt aus religiösen, ethnischen oder ideologischen Gründen, wird dabei als sich durch den liberal-politischen Kontext selbst auflösend verstanden. Ebenso liegt der Fokus in Bezug auf das kapitalistische Wachstum, auf dem pazifizierenden Effekt wachsenden Wohlstandes, nicht hingegen auf möglichen monetären oder Ressourcenkonflikten (vgl. Quinn/Cox (2007b): S.514).

3 Die Demokratieförderungspolitik der USA im Irak in der politikwissenschaftlichen Diskussion

3.1 Die Ziele

Einen wichtigen Aspekt in Bezug auf die, in der Politikwissenschaft geführte Diskussion um die Intervention der USA im Irak stellen die Ziele, welche dem Eingriff zu Grunde gelegt werden, dar. Dabei sind unter den verschiedenen Zielsetzungen insbesondere die seitens der Bush-Regierung erklärten und die, in der Literatur unterstellten Ziele des Vorgehens zu unterscheiden.

The main reasons for the invasion: The lust for oil, control and demonstration of power in the Middle East (vgl. Boaduo (2012): S.89)

Der Irak besitzt mit etwa 10% der weltweiten Ölreserven das global zweitgrößte Erdölreservat (vgl. Boaduo (2012): S.89). Vor diesem Hintergrund wird als ein maßgebliches Ziel der USA, welches durch den Einsatz im Irak erreicht werden sollte, die Herstellung eines gesicherten Zugangs zu diesen Ressourcen betrachtet. Die Idee der USA mit der Entwicklung einer Demokratie im Irak ein Exempel zu statuieren, welches wiederum auf die gesamte Region des Mittleren Ostens Einfluss nehmen würde, wird dabei als Versuch interpretiert, auf diese Weise eine Hegemonialstellung im Mittleren Osten und damit einen Aufstieg in Bezug auf die eigene geo-politische Position zu erreichen, um in Folge den aufstrebenden Handelsmächten und neu entstehenden Industriestaaten wie China und Indien entgegenwirken zu können (vgl. Boaduo (2012): S.94). Diesem Argument entsprechend verfolge die USA im Irak eine Strategie zum Aufbau einer neuen Weltordnung, welche von amerikanischen Wertvorstellungen dominiert werde und Abkommen zu freiem Handel zu Gunsten Amerikas umfasse (vgl. Boaduo (2012): S.92-93). Es wird in diesem Zusammenhang zudem angenommen, dass die Invasion des Iraks umgesetzt wurde, wenngleich zuvor bereits Kenntnis darüber bestand, dass der Irak nicht über CBRN-Waffen verfügte (vgl. Boaduo (2012): S.94). Der Krieg im Irak sei damit seitens der USA bereits vor der Verabschiedung der UN-Resolution zur friedlichen Entwaffnung des Iraks geplant gewesen und könne somit trefflicher als wohl überlegte Intervention, welcher primär amerikanische Eigeninteressen zu Grunde liegen, bezeichnet werden (vgl. Boaduo (2012): S.87).

Der Einsatz wurde jedoch erst durch die Verbindung der beiden Kernelemente des *Bedarfs* und der *Gelegenheit* auch praktisch umsetzbar (vgl. Boaduo (2012): S.89). Den *Bedarf* stellt dabei die stete Notwendigkeit zur externen Versorgung der USA mit Erdöl dar (vgl. Boaduo (2012): S.89)¹⁰. Die *Gelegenheit* ergab sich hingegen erst mit den Anschläge des 11.September 2001, welche eine Welle des Patriotismus in Amerika, sowie ein verstärktes Gefühl der Bedrohung auslöste (vgl. Boaduo (2012): S.89).

¹⁰ Amerika schließt zum Stillen dieses Bedarfs sogar einen möglichen Militäreinsatz nicht aus, so heißt es in §7 der Carter Doctrine: „any attempt by an outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault in the vital interest of the United States of America and such an assault will be repelled by any means necessary including military force” (Boaduo (2012): S.89).

Die seitens der USA erklärten Ziele durch den Einsatz die eigene Sicherheit vor terroristischen Angriffen garantieren zu wollen, Demokratie zu etablieren und den Terrorismus zu bekämpfen, werden vor diesem Hintergrund also vorrangig als Vorwände betrachtet, um das eigentlich dominante, neo-kolonialistische bzw. neo-imperialistische Ziel - das Bestreben die irakische Ölproduktion zu dominieren - umsetzen zu können, damit den eigenen Bedarf zu decken und die geo-politische Position Amerikas international zu stärken (vgl. Boaduo (2012): S.94; Quinn (2007a): S.526).

Für diese These, dass also die Erdölversorgung ein, wenn auch nicht offen bekanntes Ziel amerikanischer Demokratieförderungspolitik der USA im Irak darstellt, lässt sich exemplarisch die Tatsache aufzeigen, dass beispielsweise kein Angriff Saudi Arabiens nach den Anschlägen des 11. September 2001 stattfand, wenngleich einige der Terroristen nachweislich aus diesem Land stammten (vgl. Boaduo (2012): S.93). Die Irak-Intervention lässt sich vor diesem Hintergrund also auch nicht als Vergeltung für die Verbrechen der Terroranschläge interpretieren (vgl. Boaduo (2012): S.93). Als Begründung dazu wird im Kontext dieses Arguments anführt, dass es sich bei Saudi Arabien mit 11,3% des von Amerika importierten Erdöls um den anteilig zweitgrößten Öllieferant der USA handle, wohingegen die Ressourcen des Iraks nur 3,9% der amerikanischen Erdölimporte ausmachen (vgl. Boaduo (2012): S.93; Rosin, (2006): S.5). Amerika sei vor diesem Hintergrund nun insbesondere daran interessiert, die bisher guten Beziehungen zu Saudi Arabien als einem bedeutenden Versorgerstaat nicht zu gefährden.

Als basale Ziele, welche die USA dieser Argumentation zu Folge im Irak verfolge, werden also vor allem ökonomische und politische Bestrebungen, beeinflusst durch die eigenen außenpolitischen Zielsetzungen und umgesetzt unter Einsatz des militärischen und technologischen Potentials einer Supermacht, genannt (vgl. Boaduo (2012): S.88). Dass Amerika bei dem Einsatz die Führungsrolle einnahm, basiere wiederum auf dem bereits erwähnten Bestreben, die eigene Hegemonialstellung demonstrieren bzw. auf die Region des Mittleren Ostens ausweiten zu wollen: „The invasion of Iraq [...] was meant to be a global projection of US’s power not only on Iraq but also over the entire Middle East and even the rest of the World“ (vgl. Boaduo (2012): S.91).

Demokratieförderung als Ziel zwischen Kontroll- und Sicherheitsbestrebungen

Als eine weitere Zielsetzung der USA, welche mit der Intervention im Irak erreicht werden sollte, wird diskutiert, inwiefern das Bestreben eine Demokratie zu etablieren, dem Ziel, Stabilität und Kontrolle herzustellen untergeordnet wird.

Die Demokratieförderungsprogramme für die Zeit *nach* dem Sturz Saddam Husseins im Irak lassen sich dabei als Teil des 2003 von Amerika ausgearbeiteten *four Step Plan*, welcher sich auf die gesamte Region des Mittleren Ostens bezieht, verstehen (vgl. Robinson (2004): S.442). Dem Grundprinzip dieser Strategie liegt sodann die Hoffnung Amerikas zu Grunde, eine nationale Elite ausmachen zu können, welche als Vermittler zwischen der nationalen Bevölkerung und der USA fungiert und es ermöglicht die Kontrolle über die fragmentierte Zivilbevölkerung auch ohne die Anwesenheit

amerikanischer Truppen zu bewahren (vgl. Robinson (2004): S.446). Am Beispiel des Iraks sah der Plan im Dezember 2004 zur Wiederherstellung der irakischen Staatssouveränität im Juni 2004 zunächst eine konstituierenden Sitzung vor, sodass im Dezember 2005 Parlamentswahlen stattfinden können sollten (vgl. Robinson (2004): S.441). Die USA verfolgten dabei in Hinblick auf das zu etablierende politische System im Irak entsprechend dieser Argumentation im Wesentlichen das Ziel eine führende, transnational orientierte, irakische Elite auszubilden, welche die Integration des Staates in das globale System des Kapitalismus voranbringe und den amerikanischen Interessen folge, sodass die staatlichen Strukturen, wie sie unter der Anleitung Amerikas bisher entstanden waren, weiter Bestand haben könnten (vgl. Robinson (2004): S.442). Dementsprechend galt es als zweites Ziel, die Eliten, welche über Autorität und Einfluss verfügen, jedoch nicht die Interessen Amerikas unterstützten, zu isolieren (vgl. Robinson (2004): S.442). Als drittes Ziel, sollten die erstgenannten Eliten sodann zu einer hegemonialen Position aufsteigen, um effektive Kontrolle über die politische Gesellschaft sowie die stark fragmentierte Zivilbevölkerung einzunehmen und auf diese Weise eine amerikafeindliche Mobilisierung zu verhindern (vgl. Robinson (2004): S.442-446).

Diesem Bemühen um die Etablierung interner Stabilität liege, der politikwissenschaftlichen Diskussion zu Folge, ein ähnliches Bestreben, wie bereits in der vorangegangenen Argumentation aufgezeigt, zu Grunde. So sei Stabilität eine notwendige Bedingung dafür, dass das Land zukünftig als zuverlässiger Öllieferant, Investitionsmarkt für transnationales Kapital, sowie als Plattform für die weitere transnationale Durchdringung des Mittleren Ostens in wirtschaftlichen und politischen Bereichen für Amerika zur Verfügung stehen könne (vgl. Robinson (2004): S.446). Die Demokratieförderungsprogramme zielten damit im Wesentlichen auf die Schaffung der dazu nötigen Vermittler auf lokal-politischer, unternehmerischer und zivilgesellschaftlicher Ebene (vgl. Robinson (2004): S.446), wobei die Strategie, ergänzend zu der Identifikation neuer dominanter und prominenter Figuren darin bestand, die alte Generation an ehemals renommierten Einflusspersonen als pro-westliche Elite zu rekrutieren (vgl. Robinson (2004): S.446). Ein weiteres strategisches Element, welches im Irak zur Anwendung kam und diese These unterstütze, stelle die Unterhaltung konsensbildender Foren dar, welche sowohl irakischen als auch Personen anderer Nationalitäten Zutritt erlaubten und in deren Rahmen internationale Konferenzen zum Thema Demokratie und Demokratieförderung abgehalten wurden, welche wiederum als *Democracy Training* eine pro-westliche Gesinnung zu generieren versuchten (vgl. Robinson (2004): S.447).

Vor dem Hintergrund dieser Strategie, welche einerseits die Schaffung einer pro-westlich orientierten Elite, die die lokale Macht auf sich vereint zum Ziel hat und andererseits die Unterdrückung alternativer politischer Initiativen innerhalb der Zivilgesellschaft vorsieht (vgl. Robinson (2004): S.447), wird in der Literatur nun häufig ein weiteres, von der Etablierung einer Demokratie abweichendes Ziel unterstellt. So sei der Argumentation zu Folge die Strategie Amerikas vielmehr auf die Förderung einer *Polyarchie* nach Robert Dahl ausgelegt, ein System, in welchem eine kleine Gruppe im Interesse transnationalen Kapitalgewinns regiere und Massenpartizipation in

Entscheidungsprozessen nur im Rahmen streng kontrollierter und limitierter Wahlvorgänge stattfindet (vgl. Robinson (2004): S.442).

„A split presidential personality and contradictory policies“ (Carothers (2003): S.95)

Ein weiterer Schwerpunkt in Bezug auf die, in der wissenschaftlichen Literatur diskutierten Ziele der USA im Irak, liegt auf der vermeintlich kontradiktorischen Orientierung des Präsidenten seit den Terroranschlägen des 11. September. So habe dieser zunächst einen realistischen Standpunkt vertreten, wobei in Bezug auf die Demokratieförderungspolitik im Mittleren Osten idealistische Ideen kaum eine Rolle spielten, sodass die gesetzten, außenpolitischen Ziele auch unter der Mithilfe *amerikafreundlicher Tyrannen* als legitim erreichbar galten (vgl. Carothers (2003): S.91). Nach den Attentaten ließen sich jedoch, im Kontext dieses Arguments, etwa in der Strategie des *War on Terror* auch Züge erkennen, welche der Demokratieförderungspolitik Präsident Ronald Reagans ähnelten und die Zuverlässigkeit vermeintlich pro-amerikanischer Autokratien infrage stellten (vgl. Carothers (2003): S.91-92). Der bisher akzeptierte Status quo, die Politik der repressiven Staaten des Mittleren Ostens hinzunehmen, sofern diese als strategische Verbündete der USA funktionierten, Öl zu angemessenen Preisen lieferten und die Ordnung in der Region des Mittleren Ostens nicht etwa durch Konflikte gefährdeten (vgl. Gordon (2003): S.156), erscheine aus Sicht der USA nun also nicht länger tolerierbar, sodass ein verstärkt nachdrückliches Vorgehen in Bezug auf die Förderung von Demokratie im Mittleren Osten gefordert werde (Gordon (2003): S.156). Diese Veränderung, welche eine Abkehr von einer vertrauensbasierten Beziehung zu einigen Autokratien, allein im Interesse der eigenen Sicherheit hin zu einer neuen Form offensiver Demokratieförderung auf Basis ideeller Überzeugung darstelle, habe zugleich auch die Einsicht zur Folge, selbst die vermeintlich verbündeten Autokratien nicht länger als solche betrachten zu können, sondern vielmehr ihren Charakter als *Brutstätte* bzw. *Geldgeber* für Terroristen in den Blick nehmen zu müssen (vgl. Carothers (2003): S.91-92). Auf diese Weise entstehe jedoch ein Dualismus zwischen „Bush the realist“ [, who] actively cultivates warm relations with ‚friendly tyrants‘ in many parts of the world, while ‚Bush the neo-Reaganite‘ makes ringing calls for a vigorous new democracy campaign in the Middle East“ (Carothers (2003): S.85).

Die „erklärten“ Ziele

Von den Zielen der Intervention im Irak, welche in der Literatur diskutiert werden, lassen sich nun die, seitens der US-Regierung öffentlich gemachten Ziele, unterscheiden. Dabei kommen diese insbesondere in Reden des Präsidenten, sowie seiner Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice von 2001 bis 2005, klar zum Ausdruck. So spricht Bush noch vor der Intervention im Irak am 1. Juni 2002 vor der *United States Military Academy in West Point* von den Zielen und Überzeugungen Amerikas in Bezug auf die Verbreitung von Demokratie und der damit verbundenen Freiheiten. Dabei betont er insbesondere die Verknüpfung von Frieden, Demokratie, Stabilität und der Gewährleistung

von Freiheit, wie sie auch in der *Theorie des Demokratischen Friedens* stark gemacht wird. Festgeschrieben steht dieses Ziel zudem in der so genannten *Freedom Agenda*, welche die dogmatische Seite der *Bush Doctrine* darstellt (vgl. Patterson/Amaral (2009): S.331). So betont diese die Verantwortung Amerikas sich für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einzusetzen (vgl. Patterson/Amaral (2009): S.331) und basiert damit als politische Programmatik nicht im Wesentlichen auf materiellen oder strategischen Interessen, sondern setzt sich das Ziel wie Bush selbst es formuliert: „[...] to seek and support the growth of democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world“ (Bush (2005)). Mit dieser Formulierung fließt also auch ein moralischer Aspekt mit in die politische Strategie im Irak mit ein, welcher davon ausgeht, dass allen Menschen der Wunsch nach Freiheit inhärent sei und jeder Mensch ein Recht auf ein Leben unter freien Bedingungen habe (vgl. Patterson/Amaral (2009): S.332). Die Handlungsnotwendigkeit, welche sodann seitens Amerika daraus abgeleitet wird, besteht nun darin, den moralischen Charakter der Politik zu wahren, den Wert jedes Individuums, sowie dessen Recht auf Freiheit zu schützen und die Verantwortlichkeit freier Staaten und Gesellschaften, für die Unterdrückten einzutreten, wahrzunehmen (vgl. Patterson/Amaral (2009): S.333). So lautet die Argumentation: „if the desire for freedom is universal and if it is an ethical imperative, then those who are free have a moral obligation to help others who aspire to it“ (Patterson/Amaral (2009): S.332).

Zudem stehe diese Verpflichtung in Verbindung mit der Bekämpfung des Terrorismus und damit einem weiteren erklärten Ziel der USA: „As long as the Middle East remains a place where freedom does not flourish, it will remain a place of stagnation, resentment, and violence ready for export“ (Bush (2003)), welchem man entgegentreten müsse.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folglich auch die Worte des Präsidenten zum 20-jährigen Bestehen des *National Endowment for Democracy* (NED) am 06.11.2003 verstehen, wobei er betont: „Freedom is worth fighting for, dying for, and standing for - and the advance of freedom leads to peace“ (Bush (2003)). In diesem Zusammenhang spricht Bush also auch Terroristen, sowie tyrannische Regierungschefs an und betont Amerikas Pflicht, sich diesen zu widersetzen, um Frieden zu sichern bzw. herzustellen. Als größte Gefahr und somit Legitimationsgrundlage für die Bekämpfung dieser Akteure, gilt Bush dabei deren Besitz von CBRN-Waffen. Mit der Begründung, die neue Gefährdungslage erfordere auch eine andere Dimension der Herangehensweise, weist er zudem die während des Kalten Krieges verfolgten Strategien der *Containment-* und *Deterrence-Policy* zurück (vgl. Bush (2002c)) und postuliert hingegen ein präventives, proaktives Vorgehen: „Yet the war on terror will not be won on the defensive. We must take the battle to the enemy, disrupt his plans, and confront the worst threats before they emerge. In the world we have entered, the only path to safety is the path of action“ (Bush (2002c)). Die dabei in Aussicht gestellten Maßnahmen, reichen von dem Aufbau guter Beziehungen zu den Großmächten und bereits demokratischen Staaten auf Basis gemeinsamer Wertvorstellungen und multilateralen Abkommen bis zu militärischen Eingriffen, sofern diese dem *War on Terror* dienen. Dabei verspricht Bush ein flexibles, an den Zielstaat angepasstes

Vorgehen: „Some nations need military training to fight terror, and we'll provide it. Other nations oppose terror, but tolerate the hatred that leads to terror - and that must change. We will send diplomats where they are needed, and we will send you, our soldiers, where you're needed“ (Bush (2002c)). Die moralische Grundlage dieser Strategie formuliert Bush dabei mit den Worten: „We wish for others only what we wish for ourselves - safety from violence, the rewards of liberty, and the hope for a better life“ (Bush (2002c)). Er spricht also wiederholt von einer *moralischen Wahrheit*, dem Wunsch und Bedürfnis des Menschen nach Freiheit im liberal-demokratischen Sinne, welche über alle Kulturen, Zeiten und Ländergrenzen hinweg bestehen bleibe: „Different circumstances require different methods, but not different moralities“ (Bush (2002c)).

Die Auffassung eine Gesellschaft bzw. eine ganze Region wie beispielsweise der Mittlere Osten könne für ein demokratisches System ungeeignet sein, wird von Bush ausdrücklich zurückgewiesen (vgl. Bush (2003)), jedoch sei das Gute vom Bösen klar zu unterscheiden: „The moral choice [is] between oppression, which is always wrong, and freedom, which is eternally right“ (Bush (2005)). Dabei seien demokratische Staaten als *gut* und Akteure, welche Freiheiten einschränken als *böse*, entlang der von Bush als solche bezeichneten *Axis of Evil*, zu verstehen (Bush (2002a)). Über die Bekämpfung des *Bösen* hinaus, beschreibt Bush die Ziele Amerikas diesbezüglich als über die Sicherung dieses Grundbedürfnisses nach Freiheit sowie über die Zielsetzung des *War on Terror* hinausgehend: „In the long run, there is no justice without freedom, and there can be no human rights without human liberty“ (Bush (2005)). So sei es gleichsam erstrebenswert Armut, Unterdrückung und Missgunst zu beenden, wobei es sich Amerika zur Aufgabe machen solle, Frieden als Basis für diese Entwicklungen bereitzustellen sowie Toleranz und Menschenrechte zu schützen (vgl. Bush (2002c)). In diesem Zusammenhang sieht es Bush allerdings nicht als die Aufgabe Amerikas Unwilligen das eigene Regierungssystem aufzuzwängen, vielmehr sei das Ziel den Willigen zu einer Stimme zu verhelfen und sie dabei zu unterstützen Freiheit zu erreichen und einen eigenen, selbstbestimmten Weg gehen zu können (vgl. Bush (2005)).

In Bezug auf das konkrete Ziel der Demokratieförderung zeigt sich Bush des Weiteren sowohl informiert darüber, dass Demokratie kein perfektes Staatswesen beschreibe, als auch, dass Demokratie im Kontext des Mittleren Ostens notwendiger Weise eine andere Ausgestaltung annehmen werde als im westlichen Kulturkreis (vgl. Bush (2003)). Dennoch versteht er einige, der Idealvorstellung einer *liberalen* Demokratie entliehenen Elemente, quasi als Indikatoren für eine *successful Society*, beispielsweise die Einschränkung der Staatsmacht zu Gunsten des Bürgerwillens, Rechtsstaatlichkeit, die Gewährleistung bestimmter liberaler Freiheiten, die Bereitstellung liberal-demokratischer Institutionen, sowie die Öffnung der Märkte und formuliert diese als Ziele, welche als erstrebenswert gelten sollen (vgl. Bush (2003)).

3.2 Die (Miss-)Erfolge

Vor dem Hintergrund der Zielsetzungen, welche im Zuge der Demokratieförderung der USA im Irak verfolgt werden sollten, lassen sich nun Aussagen in Bezug auf die Erfolge dieses Einsatzes, wie sie in der politikwissenschaftlichen Literatur diskutiert werden, darstellen.

„Like it or not, the Bush administration announced a change [away from the policy of malign stability]“ (Berman, (2007): S.46)

Eine erste Argumentation, welche sich das erklärte Ziel der Regierung unter George W. Bush, die Etablierung einer Demokratie im Irak umsetzen zu wollen zur Grundlage nimmt, stammt aus einer links-liberalen Perspektive (vgl. Berman (2007): S.46). Demnach lässt sich die Strategie Bushs von der bisher verfolgten Politik der USA in der Region des Mittleren Ostens, abgrenzen, welche bisher maßgeblich auf dem Prinzip der *malign Stability* basiert habe, wobei stabile Autokratien geduldet wurden, sofern amerikanische Interessen gewahrt blieben (vgl. Berman (2007): S.46). Als Ergebnis dieser Politik, zeichnete sich jedoch kein Stabilitätsgewinn im Mittleren Osten ab, vielmehr führte sie, zu einer langjährigen Akzeptanz totalitärer und stark repressiver Staaten, wie sich am Beispiel des, durch die faschistische Ba'ath Partei angeführten Iraks zeigt (vgl. Berman (2007): S.46). Vor diesem Hintergrund, so die Argumentation, stelle die Politik Bushs nun eine Kursänderung dar, welche erstmals eine nicht-autoritäre Staatsform für den Irak anstrebe (vgl. Berman (2007): S.46). Darauf verweise auch das Vorgehen der USA, welches als eines der ersten Ziele nach dem Sturz des Machthabers Saddam Hussein die vollständige Auflösung der Ba'ath Partei, sowie deren Verdrängung aus dem Politischen vorsah und somit einer Neuetaablierung der Diktatur die Grundlage entziehen sollte (vgl. Berman (2007): S.46). Dass dieses Ziel nicht erreicht werden konnte wird dem Ansatz zu Folge einerseits auf konzeptionelle und andererseits auf ideologische Fehler zurückgeführt, welche im folgenden Kapitel (3.3) noch weiter ausgeführt werden.

Der Irak-Einsatz als noch nicht abgeschlossene Mission

Eine Argumentation, welche die militärische Intervention im Irak unterstützt, spricht sich deutlich gegen eine Perspektive aus, welche glauben machen wolle, der Krieg im Irak sei bereits mit einem Misserfolg der USA zu Ende gegangen, sodass eine weitere Präsenz im Irak als unnötig betrachtet sowie erneute Investitionen als Verschwendung angesehen werden würden (vgl. Cushman (2007): S.53). Die irakische Bevölkerung nach dem, als erfolgreich zu bezeichnenden Sturz Saddam Husseins und den ersten Erfahrungen mit freien und demokratischen Strukturen, nun in einer schwierigen Entwicklungsphase ohne Unterstützung alleine zu lassen, verweise vielmehr auf einen Mangel an Liberalität und Solidarität mit den irakischen Bürgern (vgl. Cushman (2007): S.53). Daher wird gefordert, die Leistungen zu verdoppeln, sowie gerade die erfreulichen Entwicklungen im Irak, etwa die Entstehung von Frauenrechtsorganisationen, anzuerkennen (vgl. Cushman (2007): S.53). Echevarria bemerkt diesbezüglich: „Yet, it is in the aftermath where wars are typically won“

(Echevarria (2004): S.i) und argumentiert dabei, dass der erfolgreiche Sturz eines autoritären Herrschers nicht über den Erfolg einer Demokratieförderungsmission, wie sie etwa im Irak unternommen wurde, entscheiden könne. Dabei zeige sich am Beispiel des Iraks, dass das amerikanische Militär durchaus einen gelungenen Regimesturz herbeiführte, nun sei es jedoch an der amerikanischen Regierung eine demokratische Ordnung zu etablieren (vgl. Echevarria (2004): S.10). Vor diesem Hintergrund stellt der Einsatz militärischer Gewalt im Zuge von Demokratieförderungspolitik also eine erste Möglichkeit für liberale Staaten dar, etwa im Rahmen multilateraler Bündnisse ihre *liberale Pflicht* erfüllen zu können, das heißt beispielsweise nach einer militärischen Intervention den Wiederaufbau einer gesellschaftlichen Ordnung voranzutreiben (vgl. Cushman (2007): S.54). Aufgrund dieser Tatsache, dass durch das Militär im Irak erfolgreich die Option geschaffen werden konnte, den Staat zu demokratisieren und ungeachtet der vermeintlichen Fehler, welche danach seitens der amerikanischen Politik begangen wurden, gelte also: „[...] the use of force should not be ruled out *a priori* because the Iraq War has been so problematic“ (Cushman (2007): S.54). Der Einsatz militärischer Gewalt zum Zwecke der Demokratieförderung sei also nicht per se abzulehnen, denn dieser eröffne die Möglichkeit zu einer positiven Veränderung in einem anderen Staat beitragen zu können, während allein das Bestreben Stabilität aufrecht erhalten zu wollen nur dazu führe, tyrannische Regierungen und Menschenrechtsverletzungen zu dulden (vgl. Cushman (2007): S.54). In diesem Zusammenhang ergibt sich folglich der Schluss, dass also bislang noch keine Aussage über den ganzheitlichen Erfolg oder Misserfolg des US-Einsatzes im Irak getroffen werden kann, vielmehr sei es notwendig die Überzeugung, die Intervention im Irak sei gescheitert, fallen zu lassen und weiter zu investieren, um den Krieg nicht doch noch zu verlieren.

Erfolg als multidimensionales, aber dennoch messbares Phänomen

In einer weiteren Argumentation zu den Erfolgen des Irak-Einsatzes geht man bezüglich der Zielsetzung der amerikanischen Demokratieförderungspolitik unter der Regierung Bushs davon aus, dass diese sowohl darin bestehe Frieden zu sichern, als auch darin, als Instrument zu fungieren, um zu einer langfristigen Bekämpfung des Terrorismus beizutragen (vgl. Epstein et al. (2007): S.1). Doch auch das von Bush erklärte Anliegen durch die militärische Intervention Demokratie im Irak etablieren zu wollen, gilt als Grundlage dieser Argumentation. In Zusammenhang mit der Messung von Erfolg wird jedoch insbesondere auf die Schwierigkeit der Definition eines solchen *Erfolgs* verwiesen, welche wiederum in der Problematik einer unkonkreten Definition von *Demokratie* zu verorten sei. Das Spektrum reicht dabei von einer minimalistischen Definition, welche allein Kernbausteine wie eine demokratische Verfassung, Schutz der Menschenrechte, politische Gleichheit und Partizipationsrechte fordert, bis zu spezifischeren Ansätzen, die über das Abhalten von Wahlen hinausgehen und beispielsweise auch das Prinzip der *Checks and Balances* verwirklicht sehen wollen (vgl. Epstein et al. (2007): S.3). Zudem können zahlreiche Typen von Demokratien unterschieden werden, wobei auch Systeme, welche sich etwa als pseudo-demokratisch bezeichnen lassen und nur

über ein Minimum an demokratischen Elementen verfügen, zu berücksichtigen seien (vgl. Epstein et al. (2007): S.6).

Demokratieförderung umfasst damit ebenfalls ein weites Feld an Maßnahmen, beispielsweise den Schutz der Menschenrechte, die Förderung von *good Governance*, die Bereitstellung freier Medien, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, sowie die Unterstützung politischer Partizipation, sowohl durch die Bürger als auch beispielsweise durch *Nicht-Regierungsorganisationen* (NGOs) (vgl. Epstein et al. (2007): S.6). Daraus resultiert nun ein gleichsam uneinheitlich definierter Pool an möglichen Erfolgen, wobei Erfolg von der gelungenen Demokratisierung eines Staates durch gezielte Demokratieförderungsmaßnahmen bis hin zur Erfüllung einzelner Komponenten in einem großen Projekt zur Förderung von Demokratie, reichen könne (vgl. Epstein et al. (2007): S.17). Die amerikanische Stiftung *National Endowment for Democracy* (NED) geht daher sogar davon aus, dass eine Erfolgsmessung in Bezug auf Demokratieförderung nicht sinnvoll durchführbar sei (vgl. Epstein et al. (2007): S.17), unter anderem, weil sogar eine qualitative Analyse eine Unmenge an Faktoren, welche den Erfolg einer Maßnahme zur Demokratieförderung, sowie die Konzeption der Maßnahme selbst betreffen, berücksichtigen müsste, sowie kein direkter Zusammenhang zwischen der Maßnahme und dem jeweils beabsichtigten *Outcome* feststellbar sei.

Entgegen dieser Idee der *Unmessbarkeit* des Erfolgs von Demokratieförderungspolitik lässt sich hingegen argumentieren, dass durchaus Parameter existieren, um etwa Aussagen in Bezug auf den Demokratisierungsgrad eines Staates treffen zu können. So ermittelt beispielsweise der *Global Peace Index* (GPI) seit 2008 unter Einbezug 23 qualitativ und quantitativ erhobener Variablen in Bezug auf Gewalt, Verbrechen und andere friedensgefährdende Aspekte ein Ranking unter 163 Staaten weltweit, wobei der Irak nach Syrien und Afghanistan zu den Staaten mit dem geringsten Wert in Bezug auf diesen Friedensindex zählt (vgl. Global Peace Index (2015)). Ähnliches gilt in Bezug auf die Messbarkeit von Demokratie, so weist etwa der *Bertelsmann Transformationsindex* (BTI) den Irak im Jahr 2016 mit einem Wert von 3,53 als ein System einer harten Autokratie, aus (vgl. Bertelsmann Transformationsindex (2016)). Der beabsichtigte Erfolg des Einsatzes, im Irak eine Demokratie zu etablieren hat sich bisher, selbst unter dem bereits dargestellten Einwand, Amerika habe nie ernsthaft versucht eine Demokratie zu fördern, sondern hätte vielmehr ein Modell der Polyarchie mit starken pro-westlich eingestellten Eliten zu erreichen versucht, also nicht eingestellt (vgl. Robinson (2004): S.442). Zudem fällt der Irak in mehreren Maßzahlen zur politischen Stabilität, wobei insbesondere auch ökonomische Faktoren berücksichtigt werden, unter die zehn instabilsten Staaten weltweit, so beispielsweise auch in einer von *Statista* für das Jahr 2009-2010 durchgeführten Studie (vgl. Statista (2009/10)). Damit lässt sich annehmen, dass auch das Ziel einen gesicherten Zugang zu den irakischen Erdölvorkommen zu gewährleisten bisher nicht umgesetzt werden konnte. Ähnliches gilt dabei in Bezug auf den Terrorismus, wobei sich der *Global Terrorism Index* (GTI) als geeignete Maßzahl zitieren lässt, welche die Stärke der Einwirkung terroristischer Anschläge auf einen Staat zu erfassen sucht (vgl. Global Terrorism Index (2013)). Dabei steht der Irak auf Platz eins von 162 untersuchten

Staaten, mit der größten Zahl an terroristischen Attentaten, Verletzten, Toten und dem größten Ausmaß an, durch Terrorismus verursachter Zerstörung. Vor dem Hintergrund dieser statistisch erfassten Daten und insbesondere in Hinblick auf die gesetzten Ziele, welche von der Erreichung strategischer Interessen bis hin zur Umsetzung idealistischer Überzeugungen reichen, ist der Einsatz im Irak also bisher durchaus als gescheiterte Mission zu bezeichnen.

3.3 Die Ursachen für das nicht-Erreichen der gesetzten Ziele

Betrachtet man nun insbesondere die durchweg schlechte Bilanz, welche die statistischen Studien in Bezug auf den US-Einsatz im Irak ziehen, so stellt sich die Frage nach möglichen Ursachen für die heute zu beobachtenden *Outcomes* dieser Intervention. Aus der, in der politikwissenschaftlichen Literatur dazu geführten Debatte, lassen sich diesbezüglich insbesondere drei Kernaspekte herausarbeiten, welche in Folgendem näher dargestellt werden sollen.

Konzeptionelle Fehler als Ursache für Misserfolge

Ein erster Aspekt, welcher in der politikwissenschaftlichen Literatur als Ursache für das nicht-Erreichen der gesetzten Ziele diskutiert wird, besteht in der Konzeption der Irak-Intervention. Dabei gilt den strengsten Kritikern bereits der Versuch Demokratie unter dem Einsatz militärischer Gewalt zu fördern, als größter konzeptioneller Fehler. Andere hingegen betrachten die, der Intervention im Irak zu Grunde gelegte Vorstellung, man könne ein solch totalitäres System in der kurzen Zeit von einigen Monaten in eine Demokratie umwandeln, als besonders kritisch (vgl. Bengio (2007): S.42; Windsor (2006): S.23; Dobbins (2009): S.137)¹¹. Die Kritik bezieht sich dabei auf die widersprüchliche Vorstellung mit minimalen Mitteln, maximale Erfolge erzielen zu können: „The United States went into Iraq with a maximalist agenda – aiming to set up a model democracy that would serve as a beacon to the entire region – and a minimalist application of money and manpower“ (Dobbins (2009): S.156). Damit steht der Einsatz im Konflikt zweier Logiken: einerseits wird als oberstes Ziel ein Regimewechsel im Irak genannt, ein Ziel also, welches über den Sturz des alten Systems hinausgeht und andererseits soll dieses mit möglichst wenig Mitteln und in kürzester Zeit erreicht werden, ein Bestreben, welches dem Erreichen des strategischen Interesses des *armed Nation Building*¹², nach dem Sturz des alten Systems entgegen steht (vgl. Echevarria (2004): S.14-18)¹³. Berman bezeichnet diese Strategie am Falle des Irak als *laissez-faire, do-little Concept*, wonach versucht werde durch hochtechnologisierte militärische Maßnahmen mit einem Minimalaufgebot an Truppen letztlich Demokratie zu etablieren (vgl. Berman (2007): S.47). Um diese Strategie verfolgen zu können, so eine weitere Kritik, habe die US-Regierung kritische Einwände und Bedenken anderer

¹¹ Der Fehler der Bush-Regierung im Irak habe dabei in der Erwartung bestanden, erfolgreiche Politik im Zielstaat führe per se zu Sicherheit und nicht andersherum (vgl. Bacevich, et al. (2013): S.34).

¹² Die Definition von *Nation-Building* bezieht sich dabei auf die Ausführungen von Engin (vgl. Engin (2013)).

¹³ Echevarria betont diesbezüglich den Unterschied zwischen einem gewonnenen *Battle* und einem siegreichen *War*, wobei zweiter über den Sturz des alten Systems und den Sieg über den Gegner hinausgeht und insbesondere die Gestaltung des *aftermath* darüber entscheide, ob ein Krieg gewonnen wurde, weshalb Amerika mehr Achtsamkeit auf diese Phase des Krieges verwenden sollte (vgl. Echevarria, (2004): S.14).

Akteure Großteils ignoriert (vgl. Berman (2007): S.48). Zudem lag in Folge dieser *light-Version* von Demokratieförderung die erste Priorität im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins, zunächst auf dem Aufbau demokratischer Institutionen, um freie und faire Wahlen gewährleisten zu können (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.332). Darüber hinweg fand jedoch keinerlei Heranführung der irakischen Bevölkerung an die demokratischen Werte und Normen statt¹⁴, sodass sich rasch eine gespaltene Entwicklung abzeichnete: während die neu geschaffenen, demokratischen Institutionen auf nationaler Ebene zu gedeihen begannen, wurden auf lokaler Ebene alte Prozesse unter dem Siegel der Demokratie stillschweigend weitergeführt (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.332-333). Es kam also zu einer Unterhöhlung der nationalen Entwicklungen durch die lokalen Bedingungen (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.337)¹⁵.

Als Resultat dieser Fehlkonstruktion sei außerdem zu beobachten, dass die von Bremer angeleitete und nur auf ein kurzes Bestehen ausgelegte CPA infolgedessen nur über schwache Weisungsrechte, sowie sehr wenig ausgebildetes Personal verfügte und zudem durch einen stark defizitären Informationsfluss, sowohl zum Außen- als auch zum Verteidigungsministerium und dem Präsidenten, nur eingeschränkt zu fundierten, planvollen Handlungen fähig war (vgl. Dobbins (2009): S.139). Dieser Missentwurf wird dabei auch darauf zurückgeführt, dass sich die USA als Beispiel für die Intervention im Irak an ihrem früheren, erfolgreichen Vorgehen in Deutschland und Japan zu orientieren versucht habe (vgl. Bengio (2007): S.42; Dobbins (2009): S.158). Infolgedessen wurden die, stark von den früheren Fällen abweichenden Bedingungen im Irak in der Konzeption des Einsatzes kaum berücksichtigt. Dabei war der Sturz des Regimes im Irak - anders als in den vorangegangenen Fällen wie beispielsweise 1989 in Osteuropa - nicht das Ergebnis eines langfristigen, landesinternen Prozesses ausgehend von der Zivilbevölkerung, sondern vielmehr extern herbeigeführt (vgl. Bengio (2007): S.42). Zudem handelt es sich in Bezug auf den Irak um ein, Großteils islamisch geprägtes Land, wobei kritische Stimmen auf die Widersprüchlichkeit von Demokratie und der in der islamischen Tradition stehenden Verbindung zwischen Kirche und Staat, verweisen (vgl. Bengio (2007): S.42-43).

Ebenfalls in Bezug auf die dargestellten konzeptionellen Schwächen des Einsatzes wird auch ein Fehler hinsichtlich der definitorischen Rahmung von Demokratieförderung angemahnt. Dabei wird zunächst kontrovers diskutiert, ob es sich bei *Demokratie* um ein *dichotomes* oder eher *kontinuierliches* Phänomen handele (vgl. Downes/Monten (2013): S.107-108). Unter der Annahme Amerika gehe von einem *graduellen, kontinuierlichen* Demokratiemodell aus lässt sich behaupten, die USA verfolge eine *low-Intensity Strategy* in Bezug auf die Demokratieförderung im Irak, wobei - entgegen der vorangegangenen Argumentation - *nicht* versucht werde eine Demokratie, sondern vielmehr eine Polyarchie¹⁶ zu etablieren, also ein nur im Ansatz demokratisches Modell, welches

¹⁴ Bridoux bezeichnet dies als das Fehlen einer *social transition* (vgl. Bridoux/Russell, (2013): S.333).

¹⁵ Als Kräfte, welche dieser Entwicklung entgegenzuwirken versuchten kann bspw. USAID genannt werden, welche auf lokaler Ebene und unter unmittelbarem Einbezug der einheimischen Bevölkerung arbeitete, um die dringenden Bedürfnisse und Prioritäten der Bevölkerung ausmachen zu können (vgl. Bridoux/Russell, (2013): S.338).

¹⁶ Hier verwendete Definition: „[P]olyarchy, a regime in which a small group rules on behalf of transnational capital and

jedoch starke polit-ökonomische Strukturen aufweist (vgl. Bridoux (2011): S.566). Durch die dabei stattfindende enge Verknüpfung zwischen Demokratieförderung und dem Ziel einer Angleichung des Zielstaates an das westliche Marktwirtschaftsmodell des Kapitalismus, so die Kritik, würde die Förderung von Demokratie an sich, sowie soziale Reformen und politische Liberalisierungsprozesse, welche für das dauerhafte Bestehen einer demokratischen Ordnung als essentiell verstanden werden, vernachlässigt (vgl. Bridoux (2011): S.553) und führe in Folge zu den im Irak ablesbaren, schlechten Ergebnissen. Vor dem Hintergrund „that in a polyarchic system any elements jeopardising the local neoliberal transnational oriented elites’ control over the political process would not be tolerated“ (Bridoux (2011): S.559) können in Folge auch die seitens der US-Regierung formulierten Kernziele des Vorgehens im Irak - das Einführen freier und fairer Wahlen, die Förderung aktiver politischer Partizipation, der Schutz der Menschenrechte, sowie die Etablierung des Rechtsstaatsprinzips - als Indiz für eine *low Intensity Democracy Promotion* interpretiert werden (vgl. Bridoux (2011): S.559). Eine weitere konzeptionelle Schwäche in Bezug auf das Vorgehen im Irak stelle außerdem die Inkonsistenz der Politik in Hinblick auf die Gesamtregion des Mittleren Ostens dar. So würden beträchtliche Unterschiede in Bezug auf den Umgang mit *befreundeten* und *feindlichen* Staaten innerhalb dieser Region gemacht (vgl. Dalacoura (2005): S.972). Dabei führe diese Polarität in Folge zu der Auffassung, dass Demokratieförderung nur mehr als sekundäres Ziel hinter den eigenen Sicherheitsinteressen verfolgt werde, was die Glaubwürdigkeit Amerikas als zuverlässiger Demokratieförderer in dieser Region und damit das gesamte Unternehmen wiederum erheblich negativ beeinflusse (vgl. Dalacoura (2005): S.972-973; Fürtig (2006): S.63).

Während einige Autoren die Abwesenheit einer klaren Strategie in Bezug auf den konkreten Weg, auf welchem Demokratie im Irak erreicht werden solle (vgl. Dalacoura (2005): S.975) als konzeptionelles Defizit formulieren, kritisieren andere hingegen gerade die enge Bindung Amerikas an eine liberale Form der Demokratieförderung¹⁷. Das dabei zu Grunde liegende Verständnis von liberaler Demokratie als ein *Allheilmittel*, welches Bedrohungen der Sicherheit eindämme, freie Marktwirtschaft fördere und eine nachhaltige Entwicklung ermögliche, klammere jedoch die Möglichkeit aus, dass sich Demokratie in den Gesellschaften des Mittleren Ostens anders als in westlichen Regionen ausgestalten könne (vgl. Dalacoura (2005): S.974-975) und schließe damit die Förderung solcher, von einer liberalen Demokratie abweichenden Modelle aus. Zudem bleibe unbeachtet, dass aus der Perspektive der Iraker bezüglich eines geeigneten Demokratiemodells ein wesentlich stärkerer Fokus auf Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Toleranz, als etwa auf den liberal-demokratischen Grundsatz einer kapitalistischen Marktwirtschaft gelegt werde (vgl. Davis (2005): S.241). Dieser Demokratietypus entspräche dabei eher der Form einer sozialen Demokratie, welche in erster Linie Sicherheit, einen angemessenen Lebensstandard, sowie ein geregeltes Arbeitsverhältnis gewährleisten

mass participation in decision-making is limited to choosing among competing elites in tightly controlled electoral processes“ (Bridoux, (2011): S.559).

¹⁷ Die folgende Argumentation geht also von einem *dichotomen* Verständnis von Demokratie seitens Amerikas aus (vgl. Downes/Monten, (2013): S.107-108) und macht dieses in Verbindung mit dem Modell einer liberalen Demokratie zu einem Schwerpunkt der Kritik.

soll, dabei allerdings ein wesentlich größeres Maß an staatlicher Kontrolle vorsieht, als dies in dem liberal-demokratischen Konzept Amerikas der Fall ist (vgl. Davis (2005): S.241). Kritiker verweisen diesbezüglich nun darauf, dass sich Amerika hinsichtlich seiner Demokratieförderungspolitik, gegeben dem mittlerweile umfangreichen Erfahrungsschatz in Bezug auf die Förderung und diversifizierte Ausgestaltung von Demokratien, unnötigerweise in diesen stark restriktiven, liberal ausgerichteten Rahmen zwänge (vgl. Hobson (2009): S.400) und damit den maximal möglichen Erfolg der Demokratieförderung verhindere.

Mit dieser Fokussierung auf das Konzept liberaler Demokratieförderung scheint den USA also die notwendige Flexibilität verloren zu gehen, um angemessen auf die lokalen Realitäten und Bedingungen im Zielstaat eingehen zu können (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.328). Bridoux spricht diesbezüglich von einem *Lack of Imagination*, welches seiner Meinung nach den Misserfolg der amerikanischen Demokratieförderungspolitik im Irak verursache (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.330). Als Beispiel nennt er dabei etwa die verpasste Gelegenheit der US-Regierung die irakische Bevölkerung auch in Bezug auf soziale und ökonomische Mängel zu unterstützen allein aufgrund der Begründung: „[...] because the liberal democratic political and economic model that was supposed to take over did not include measures tackling these issues“ (vgl. Bridoux/Russell (2013): S.336).

Als eine weitere Ursache für das bisherige Ergebnis des Irak-Einsatzes wird ein mangelndes Verständnis, sowie zu geringes Wissen der amerikanischen Regierung für bzw. über die Bedingungen im Zielstaat vermutet (vgl. Baroudi (2007): S.391; Berman (2007): S.48; Diamond (2004): S.39). So sei die Demokratieförderungspolitik der USA etwa durch stereotype Vorstellungen (vgl. Berman (2007): S.49; Davis (2005): S.230) in Bezug auf die Bevölkerung, sowie die Kultur und Religion des Mittleren Ostens belastet und dadurch gehemmt. Davis macht diesbezüglich insbesondere ein Verständnis der Geschichte des Iraks stark, welches Stereotype wie, der Irak sei aufgrund der stark differenzierten, sowie überwiegend muslimischen Bevölkerung nicht für eine Trennung zwischen Staat und Kirche und damit für eine Demokratie im westlichen Verständnis geeignet, aufdecken würde (vgl. Davis (2005): S.230). Dabei bemängelt Davis insbesondere, dass die westlichen Staaten stets nur die irakische Geschichte unter den beiden Amtszeiten der Ba'ath Partei ab dem Jahr 1963 berücksichtigten, wobei es zuvor durchaus demokratische Tendenzen, sowie eine aktive Zivilbevölkerung gegeben habe (vgl. Davis (2005): S.231-235). Vor dem Hintergrund der Geschichte könne dem Irak also durchaus die Fähigkeit eine demokratische Ordnung zu etablieren zugestanden werden. Es brauche jedoch mehr Verständnis für *the Arab Ways of Thinking*, sodass eine stabile Demokratie, welche aus der Bevölkerung des Zielstaates selbst und unter Berücksichtigung der jeweiligen Landesbedingungen erwächst, geschaffen werden könne (vgl. Baroudi (2007): S.411). Ein amerikanisches, starres Reformkonzept wie es im Irak angewandt werden sollte, stehe einer solchen Demokratisierung, wie bereits erläutert, dabei im Wege und verhindere eine *graduelle* Etablierung von Demokratie, welche allein lang anhaltenden Erfolg versprechen könne (vgl. Baroudi (2007): S.411).

Diese Argumentation wendet sich folglich auch gegen eine Strategie, welche als einen der ersten Schritte das Abhalten von Wahlen, sowie den Entwurf einer neuen Verfassung vorsieht und unterstützt hingegen einen Ansatz, basierend auf der Zusammenarbeit mit lokalen Autoritäten, welcher den irakischen Akteuren die Möglichkeit bieten würde, zunächst in einem gewohnten Umfeld demokratisches Verhalten zu erlernen (vgl. Lister (2007): S.56). Ähnlich argumentiert auch Fukuyama, welcher speziell *Staatlichkeit* als Voraussetzung für Demokratie bezeichnet (vgl. Fukuyama (2005): S.84). Dabei komme es jedoch zu einem Paradoxon: „Before you can have a democracy, you must have a state, but to have a legitimate and therefore durable state you eventually must have Democracy“ (Fukuyama, (2005): S.88)¹⁸. Demnach wäre es sowohl fehlerhaft einen demokratischen Staat zu implementieren, ohne die grundlegenden Normen, welche diesen kontrollierbar werden lassen – wie es beispielsweise im Irak geschah - als auch ein verfrühtes Abhalten von Wahlen, was die Konfliktlinien des alten Systems wieder hervortreten lasse (vgl. Fukuyama (2005): S.88; Epstein et al. (2007): S.13)¹⁹. Es gelte dabei also die Balance zwischen einer umfangreichen Transformation des Zielstaates durch Besatzung und dem schnellstmöglichen Abhalten von Wahlen, um die Besatzung beenden zu können, zu halten (vgl. Diamond (2010): S.19; Diamond (2006): S.100). Der Einsatz im Irak stelle vor diesem Hintergrund jedoch ein Beispiel für ein verspätetes Abhalten von Wahlen dar, welche nach Diamond schon im Jahr 2003 hätten stattfinden sollen, sodass den neuen Eliten die Möglichkeit hätte gegeben werden können, den demokratischen Prozess einzuüben und eine breitere Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten (vgl. Diamond (2010): S.20; Diamond (2006): S.109)²⁰. Die Kunst sei es also, den *richtigen* Zeitpunkt zur Etablierung staatlicher Institutionen und demokratischer Mechanismen zu finden, um in Bezug auf Demokratieförderung erfolgreich sein zu können (vgl. Fukuyama (2005): S.88; Epstein et al. (2007): S.15; Diamond (2010): S.18)).

Diamond bemerkt diesbezüglich: „security trumps everything“ (Diamond (2004): S.36) und begründet damit gleichsam, dass es zunächst eine staatliche, Frieden sichernde Ordnung brauche, bevor eine Demokratie entstehen könne, wobei er zwischen einem autorisierten, auf demokratische Weise legitimierten Staat und einer von außen implementierten Regierung unterscheidet (vgl. Diamond (2004): S.36; Diamond (2006): S.96; Bacevich et al. (2013): S.34). Um *Sicherheit*, als wichtigstes Element erster Demokratisierungsmaßnahmen gewährleisten zu können, sei es dabei möglicher Weise nötig, zunächst die alten Strukturen bestehen zu lassen und diese erst nach und nach zu ersetzen (vgl. Etzioni (2007): S.14). Auch dies lässt sich im Irak, etwa durch die Auflösung des Militärs, sowie der nahezu vollständigen Verdrängung der Ba'ath Partei, nicht beobachten.

¹⁸ Sonja Grimm benennt dies mit dem Begriff des *parallel democratization dilemma* (vgl. Grimm (2010): S.119-126).

¹⁹ Sonja Grimm benennt dies mit dem Begriff des *radicalizing democratization dilemma* (vgl. Grimm (2010): S.119-126).

²⁰ Dobbins fand diesbezüglich in einer Studie heraus, dass Wahlen zuerst auf lokaler und später auf nationaler Ebene abgehalten werden sollten, was den politischen Akteuren des Zielstaates die Möglichkeit verschaffe Erfahrungen mit den demokratischen Prozessen zu machen und die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten (vgl. Dobbins, James F. (2003): S.94).

In Bezug auf die Ergebnisse einer Demokratieförderung wird also als weitere konzeptionelle Einflussvariable unterschieden, ob im Zuge einer Intervention allein das Regierungsoberhaupt gestürzt wurde, oder ob zusätzlich auch die bisher bestehenden, politischen Institutionen vorübergehend außer Kraft gesetzt und neu strukturiert wurden (vgl. Downes/Monten (2013): S.106). Am Beispiel des Iraks bestätigt sich diesbezüglich der Befund empirischer Studien, welche eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von Chaos und Bürgerkrieg, für den Fall feststellen, dass der Machthaber zwar gestürzt werden konnte, nicht aber die Ersetzung der Institutionen durch adäquate, funktionsfähige und legitimierte Organe erfolgreich gelang (vgl. Downes/Monten (2013): S.130). In Bezug auf den Ablauf eines extern eingeleiteten Demokratisierungsprozesses behaupten nun Vertreter des *democratic Sequencing*, es sei nicht in jedem Falle förderlich bereits früh demokratische Wahlen einzuführen, vielmehr müssten dafür bestimmte Vorbedingungen, beispielsweise ein gut funktionierender Staat, erfüllt sein (vgl. Carothers (2007): S.12). Sind diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend gegeben, so sei es besser den demokratischen Prozess auszusetzen und ein autokratisches System weiterzuführen (vgl. Carothers (2007): S.13). Für Vertreter des *Gradualism* gilt hingegen die Vorstellung, dass bestimmte ökonomische, soziale, politische oder historische Bedingungen keine notwendigen Vorbedingungen für eine Demokratisierung darstellen, diese jedoch in ihrer Umsetzung vereinfachen oder erschweren können, sodass Demokratieförderung niemals ausgesetzt, sondern stets in kleinen Schritten vorangetrieben werden sollte (vgl. Carothers (2007): S.23-24). Dabei sei es also wichtig keine vermeintlich allgemeingültige Blaupause des Vorgehens zu entwickeln, wie dies im Irak versucht wurde, sondern vielmehr die Handlungen auf die jeweils individuellen Gegebenheiten abzustimmen (vgl. Norton et al. (2008): S.13; Norton et al. (2008): S.146).

Schlechte Vorbedingungen für Demokratie im Zielstaat als Ursache für Misserfolge

Neben der konzeptionellen Kritik an der Demokratieförderungspolitik im Irak, werden in der wissenschaftlichen Literatur auch die vermeintlich für die Etablierung einer Demokratie ungünstigen Vorbedingungen innerhalb des Zielstaates, sowie der internationalen Gemeinschaft, als mögliche Ursachen für die derzeitige Bilanz der Intervention diskutiert. Besonders häufig wird diesbezüglich der mangelnde Rückhalt für das Vorgehen der USA in der Bevölkerung des Iraks genannt (vgl. Diamond (2010): S.15-18). Baroudi stellt dazu die Standpunkte arabischer Intellektueller dar, welche im Wesentlichen von einem negativen Bild gegenüber der USA geprägt sind (vgl. Baroudi (2007): S.390). Die Interpretationen der amerikanischen Politik im Mittleren Osten basieren dabei erstens auf der Überzeugung, dass die USA aufgrund der demokratischen Schwächen des eigenen Staates nicht die Rolle übernehmen könne, anderen Staaten Demokratie beizubringen (vgl. Baroudi (2007): S.391), dabei wird neben dem als undemokratisch empfundenen militärischen Eingriff in den Irak insbesondere auf den Folterskandal von Abu Ghraib verwiesen, an dessen Beispiel eine besonders starke Gegensätzlichkeit demokratischer Werte und amerikanischen Vorgehens deutlich werde (vgl. Baroudi (2007): S.403; Norton, et al. (2008): S.139). Zweitens fördere die Ansicht, die Politik

Amerikas sei vorrangig von dessen eigenen Interessen dominiert und diene nicht in erster Linie den vorgegebenen Idealen wie etwa dem Schutz der Menschenrechte oder der Förderung von Demokratie, die Skepsis der arabischen Bevölkerung (vgl. Baroudi (2007): S.391). Ein entsprechendes Beispiel berichtet von massiven Zerstörungen kultureller Stätten durch Plünderung nach dem Sturz Saddam Husseins, welche von den USA, anders als beispielsweise die Zerstörung des *Ministry of Oil*, nicht verhindert wurden (vgl. Davis (2005): S.237; Rieff (2003): S.7; Norton et al. (2008): S.147). Es besteht also kein Vertrauen, dass die USA versuche zu Gunsten der Bevölkerung zu handeln, vielmehr herrscht der Glaube, dass Amerikas Eigeninteressen, etwa der Zugang zu Erdöl, im Fokus der Politik stehen (vgl. Baroudi (2007): S.404)²¹. Dabei gilt die hier angesprochene Widersprüchlichkeit zwischen den, vom Zielstaat erwarteten ideologischen und den scheinbar dominanten materiellen Interessen des intervenierenden Staates, ebenso wie das daraus resultierende Misstrauen in den intervenierenden Staat, seitens des Ziellandes als kontraproduktiv für eine erfolgreiche Demokratieförderung (vgl. Kroenig et al. (2010): S.416). Beide letztgenannten Faktoren scheinen jedoch in Bezug auf den Irak zuzutreffen, was in Folge die Absicht der USA „to win the hearts and minds of the Iraqi public“ (Kroenig et al. (2010): S.418) und damit den Erfolg der Demokratieförderung, verhindere.

Dem entspricht auch das, unter der irakischen Bevölkerung dominante Verständnis der Terroranschläge des 11. September 2001 als Vorwand, um den Einsatz im Irak umsetzen zu können und „to act on their [America’s] deep-seated ideological hatred towards Arabs and Muslims“ (vgl. Baroudi (2007): S.407). Diese Idee, dass der Irak aus amerikanischer Sicht als fanatisches Volk, welches es sich zum Ziel gesetzt habe die westliche Gemeinschaft anzugreifen, wahrgenommen werde (vgl. Baroudi (2007): S.411), nährt wiederum die Empfindung unter der irakischen Bevölkerung das Vorgehen Amerikas im Irak gleichsam als Angriff und nicht etwa als Unterstützung, um zu mehr Demokratie zu gelangen, zu verstehen. Des Weiteren wird auch die, der amerikanischen Regierung unterstellte unmittelbare Verknüpfung des Islam mit dem Terrorismus als Angriff der einheimischen Kultur und Tradition gewertet (vgl. Baroudi (2007): S.412). All diese Ansichten, tragen in Folge zu einer Schwächung der Glaubwürdigkeit, Legitimität und damit letztlich des Einflusses der USA auf die Demokratisierung im Irak bei.

Als eine weitere Ursache im Kontext (un-)günstiger Vorbedingungen für Demokratie im Zielstaat, wird meist die Heterogenität der irakischen Bevölkerung genannt (vgl. Bengio (2007): S.43). Diese besteht dabei parallel auf mehreren Ebenen, so ist der Irak sowohl ethnisch, sprachlich als auch religiös stark diversifiziert (vgl. Downes/Monten (2013): S.104). Die irakische Bevölkerung besteht mit 65% mehrheitlich aus *schiiischen Arabern*, einer Minderheit von *sunnitischen Arabern* und den *Kurden*, welche ebenfalls sunnitisch, nicht aber arabisch sind (vgl. Kurth (2005): S.309). Die drei Gruppen sind zudem auch territorial differenziert: so befinden sich die *sunnitischen Araber* im Zentrum, die *schiiischen Araber* im Süden und die Kurden im Norden des Landes (vgl. Kurth (2005):

²¹ Die Kritik besteht dabei zudem in der Ansicht, dass Amerika über die Gefahr der Plünderung aus früherer Erfahrung hätte Bescheid wissen müssen und dass zudem die Mittel vorhanden gewesen wären, um diese zu verhindern (vgl. Rieff (2003): S.7).

S.309; Fürtig (2006): S.61). Die Problematik bestehe dabei in der häufig auftretenden Unvereinbarkeit der jeweiligen, gruppenspezifischen Vorstellungen. Am Beispiel der Auffassungen in Bezug auf ein erstrebenswertes Modell von Demokratie ist etwa der schiitische Teil der Bevölkerung der Meinung es brauche ein Modell unter welchem die Mehrheit regiere ohne einer Trennung von Staat und Kirche vorzunehmen (vgl. Bengio (2007): S.43). Die Kurden des Landes sind hingegen Befürworter einer föderativ organisierten Demokratie, wobei durchaus eine Trennung von Staat und Kirche bestehen solle (vgl. Bengio (2007): S.43). Von beidem unterschieden sich sodann die Sunniten, welche die beiden vorgestellten Modelle strikt ablehnen, um ihre bisherige Monopolstellung im Land nicht zu gefährden (vgl. Bengio (2007): S.43). „In summary, the Shiites wanted majority rule of Iraq by themselves; the Sunnis wanted minority rule of Iraq by themselves; the Kurds wanted majority rule of Kurdistan by themselves“ (Kurth (2005): S.315). Weder die Sunniten noch die Kurden sind also an einem demokratischen Staat interessiert, wohingegen die Schiiten durchaus eine Regierung der Mehrheit befürworten würden (vgl. Kurth (2005): S.315). Eine stabile demokratische Lösung im westlichen Sinne könne unter diesen Bedingungen – so das Argument - also nicht gefunden werden (vgl. Kurth (2005): S.315).

Eine Argumentation, welche sich gerade gegen eine Begründung für den Misserfolg der US-Demokratieförderung im Irak auf Basis der religiösen und kulturellen Diversität des Staates ausspricht, betont hingegen die Relevanz ökonomischer Faktoren. Dabei sei insbesondere die ökonomische Entwicklung eines Staates, sowie dessen Wohlstand ausschlaggebend für den (Miss-)Erfolg von Demokratieförderung (vgl. Downes/Monten (2013): S.104; Greig/Enterline (2014): S.170). Es wird dabei argumentiert, dass wirtschaftlicher Wohlstand zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung beitrage, was wiederum die Legitimität des politischen Systems, sowie dessen Kapazitäten stärke und in Folge eine Demokratisierung wahrscheinlicher mache (vgl. Greig/Enterline (2014): S.170). Im Irak lässt sich dahingegen, wohl auch aufgrund der langjährigen Sanktionierung des Staates seit dem ersten Golfkrieg, nur ein sehr geringes Maß an wirtschaftlichem Wohlstand der Bevölkerung und damit eine eher ungünstige Situation zur Etablierung einer Demokratie erkennen (vgl. Monten (2014): S.186; Norton et al. (2008): S.147).

Kurz gesagt gelte in Bezug auf die beiden letztgenannten Argumente der Grundsatz: „democracy may be more difficult to sustain in states with greater social heterogeneity, including greater ethnic, linguistic, and religious diversity [whereas] [...] states with high levels of per capita income and low levels of ethnic diversity were the most likely to undergo a democratic transition following foreign intervention“ (Monten, (2014): S.185).

Eine weitere Einflussvariable auf die Ergebnisse des Irak-Einsatzes stelle sodann die Kontextbedingung des militärischen Konfliktes dar. Dabei wird argumentiert, dass die Beförderung einer demokratischen Transition auf Basis einer Konfliktsituation wesentlich schwieriger sei, als die Einleitung einer Demokratisierung ausgehend von einem stabilen, autokratischen System. Als besonders kritisch gelten im Vergleich zu politischen Auseinandersetzungen, religiöse und ethnische

Konflikte, wie sie beispielsweise, wie bereits dargestellt, auch im Irak vorkommen (vgl. Epstein et al. (2007): S.15).

Als ähnliche Einflussvariable auf die Ergebnisse der Demokratieförderung im Irak sind außerdem geopolitische Faktoren zu nennen, also das regionale und internationale politische Umfeld eines Staates (vgl. Greig/Enterline (2014): S.171; Diamond (2010): S.101-102). So würden sich kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten, wie sie am Beispiel des Iraks etwa mit Syrien oder dem Iran stattgefunden haben, ebenso wie das den Irak umgebende autoritäre Umfeld, negativ auf eine erfolgreiche Etablierung von Demokratie auswirken (vgl. Greig/Enterline (2014): S.185; Diamond (2010): S.102; Diamond (2006): S.106; Norton et al. (2008): S.148).

Auf eine weitere Ursache für das *Outcome* der Intervention im Irak verweist die Annahme, dass Demokratie in Staaten, welche bereits Erfahrungen mit diesem Regierungssystem besitzen, erfolgreicher zu etablieren sei (vgl. Epstein et al. (2007): S.15; Downes/Monten, (2013): S.105). Am Beispiel des Iraks wird diesbezüglich oftmals auf eine liberale Phase vor dem Ende des Irakischen Königreichs im Jahr 1958 verwiesen (vgl. Norton et al. (2008): S.148). Diese Idee hängt dabei mit der Vorstellung einer politischen Kultur eines Staates zusammen, welche einen bestimmten Weg vorzugeben scheint, wobei sie diesen zwar nicht statisch oder genetisch determiniere, allerdings auch nur unter bestimmten Umständen Veränderungen zulasse (vgl. Cohen (2007): S.50)²². Zudem sei Demokratie leichter zu erreichen sofern bereits ein Trend hin zu einer Demokratisierung, also ein *Wille zur Demokratie* (vgl. Cohen (2007): S.50), bestehe, wobei dennoch betont wird, dass dieser Aspekt keine *notwendige* Bedingung für Demokratie darstelle (vgl. Dalacoura (2005): S.976). So bemerkt etwa Dobbins diesbezüglich: „The spread of democracy in Latin America, Asia and parts of Africa suggests that this form of government is not unique to Western culture or to advanced industrial economies. Democracy can, indeed, take root in circumstances where neither exists“ (Dobbins, (2003): S.98).

Als eine weitere Ursache für das Ergebnis der US-Demokratieförderungspolitik im Irak wird auch der Einfluss der Zivilbevölkerung diskutiert. Ein Argument lautet dabei, der Einfluss der Zivilbevölkerung im Demokratisierungsprozess, bestehe in ihrer Rolle als Verteidiger und Unterstützer demokratischer Normen, wie Toleranz, Vertrauen in staatliche Institutionen, Gleichheit und Kompromissfähigkeit (vgl. Greig/Enterline (2014): S.169), sodass es in letzter Instanz vorrangig von der Bevölkerung eines Staates abhängt, ob Demokratie erfolgreich von außen etabliert werden kann (vgl. Carothers (2003): S.93). Diese Vorstellung einer lebendigen und stabilen Zivilbevölkerung als Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung, wird am Beispiel des Iraks insbesondere von Organisationen, wie der *U.S. Agency for International Development (USAID)* unterstützt (vgl. Encarnación (2003): S.706). Es gibt jedoch auch Stimmen, welche eine lebendige Zivilbevölkerung vielmehr als potenziell negative Einflussvariable auf die Ergebnisse einer Demokratieförderung betrachten. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine aktive Zivilbevölkerung die Etablierung von Demokratie unterminierte, anstatt sie

²² Für eine ausführliche Konzeption von politischer Kultur siehe bspw. Schuppert (2008): S.1-16; Pickel/Pickel (2006).

voranzubringen steige dabei insbesondere im Kontext illegitimer politischer Institutionen (vgl. Encarnación (2003): S.706-707). Wie sich eine aktive Zivilbevölkerung also letztlich auf die Etablierung einer Demokratie auswirkt, hänge diesem Argument zu Folge im Wesentlichen von der Beschaffenheit des meist neu geschaffenen politischen Systems innerhalb des Zielstaates ab (vgl. Encarnación (2003): S.707). Verfügt dieses über stabile und effiziente Institutionen, eine zuverlässige, sozial verwurzelte Regierung, mit politischen Parteien, so steige die Chance, dass die Zivilbevölkerung zur Legitimität des demokratischen Systems beiträgt und dessen Stabilisierung begünstigt (vgl. Encarnación (2003): S.707). Weist das politische System jedoch nicht derartige Eigenschaften auf, ist eine Destabilisierung der zu etablierenden Demokratie zu erwarten, wobei Fördermaßnahmen für die Zivilbevölkerung ausgehend etwa von NGOs, diesen Prozess dann sogar noch verstärken können (vgl. Encarnación (2003): S.710). Der Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure sollte demnach – entgegen des in Bezug auf die konzeptionellen Ursachen genannten Arguments (vgl. S.29) - stets ein Prozess der politischen Institutionalisierung vorausgehen, also das Abhalten von Wahlen, die Etablierung von politischem Wettbewerb, Pluralismus und Separatismus, der Aufbau einer staatlichen Bürokratie zur Beobachtung der sozialen und ökonomischen Entwicklung, sowie der Verfestigung von Respekt gegenüber individuellen Rechten und dem Rechtsstaatsprinzip (vgl. Encarnación (2003): S.719-720). Diesbezüglich gelte außerdem, dass sich, sofern ein staatliches Institutionengefüge im Zielstaat der Demokratieförderungsmaßnahmen noch erhalten ist, die Bewahrung der Kapazitäten des alten Systems positiv auf die Etablierung der neuen, demokratischen Ordnung auswirke (vgl. Monten (2014): S.181; Fukuyama (2005): S.87). Im Irak verpasste Amerika jedoch entgegen dieser Empfehlung die Chance, die Kapazitäten des alten Systems zu nutzen. So wurde eine neue Ordnung unter außer Kraft setzen der alten Institutionen zu erreichen versucht, wobei beispielsweise eine Vertreibung der bisher regierenden Ba'ath Partei aus allen politischen Angelegenheiten des Staates, sowie die vorläufige Auflösung des irakischen Militärs, stattfand (vgl. Monten (2014): S.181-182; Diamond (2004): S.39; Dobbins (2009): S.141; Norton et al. (2008): S.147). Dabei blieb jedoch unbeachtet, dass die Mitglieder der alten Regierungspartei durchaus über wichtige Erfahrungen und Wissen über den irakischen Staat verfügten und das Militär sowohl von dem schiitischen, als auch dem sunnitischen Bevölkerungsanteil respektiert wurde, was in Folge den Aufbau einer neuen Ordnung erschwerte und so zu einem nahezu vollständigen Zusammenbruch des irakischen Staates führte (vgl. Monten (2014): S.182; Diamond (2004): S.39; Dobbins (2009): S.142; Etzioni (2007): S.14)²³.

Mangelhafte Planung als Ursache für Misserfolge

Ein dritter Aspekt, welcher als Ursache für den bisherigen Misserfolg der Irak-Intervention in der wissenschaftlichen Literatur diskutiert wird, bezieht sich auf die Planung des Einsatzes. Wenngleich

²³ Fallows macht der US-Regierung diesbezüglich insbesondere den Vorwurf, erfahrungsbasierte Expertenmeinungen, wie etwa das *Army War College*, welches vor einer Auflösung des irakischen Militärs im Vorfeld gewarnt hatte, unberücksichtigt gelassen zu haben (vgl. Fallows (2004): S.83-84).

dabei der Grundsatz gelte „that no war plan survives the first contact with the enemy“ (Dobbins (2009): S.160) und somit ein teilweise improvisiertes Handeln ohnehin unvermeidbar sei, so versorge eine adäquate Planung dennoch die handelnden Akteure mit ausreichend Wissen, um flexibel und unter Einsatz entsprechender Ressourcen die vielfältigen Aufgaben einer Demokratieförderungsmission bearbeiten und in Folge entsprechende Erfolge erzielen zu können (vgl. Dobbins (2009): S.160). Als eine weitere Hauptursache für das Ergebnis der US-Demokratieförderung im Irak lasse sich daher eine mangelhafte Planung des Vorgehens, insbesondere in Bezug auf die Bemühungen des *Nation-Building* nach dem Sturz Saddam Husseins, identifizieren, welche zu einem verstärkt reaktiven, anstatt aktivem Vorgehen geführt habe (vgl. Fürtig (2006): S.62). In Folge, so die Kritik, hätten die USA sowohl die Gelegenheit verpasst direkt nach dem Sturz des Machthabers Saddam Husseins eine gewaltfreie Ordnung zu etablieren, als auch eine geregelte Systemtransformation einzuleiten (vgl. Diamond (2010): S.16).

Zudem bedürfe es einer Planung dessen, wie die konkrete Machtrückgabe an den Zielstaat vollzogen werden solle, um sich nicht, wie es etwa im Irak geschehen sei, in die Widersprüchlichkeit zwischen dem demokratischen Wert der staatlichen Selbstbestimmung und der zunächst undemokratisch wirkenden Demokratieförderungsmaßnahme der Besetzung und externen Machtübernahme zu verstricken (vgl. Diamond (2010): S.16; Diamond (2006): S.97)²⁴. Bremer trat hingegen seine Führung der Übergangsregierung im Irak als eine Mission mit offenem Ende an (vgl. Diamond (2010): S.18), was wiederum die zunehmend heftigen Forderungen nach einer Wiederherstellung der irakischen Staatssouveränität, sowie die geringe Bereitschaft der irakischen Bevölkerung, sich auf die Demokratisierungsbemühungen der USA einzulassen, erklären könnte. Wenngleich eine militärische Besetzung also zunächst die einzige Möglichkeit darstellen möge, Chaos und Verbrechen nach einem Regimesturz zu vermeiden und somit das Paradoxon, auf undemokratische Weise eine demokratische Ordnung zu etablieren unvermeidbar ist, so dürfe dennoch nicht vergessen werden diese Maßnahme zeitlich und in ihrem Umfang zu begrenzen (vgl. Diamond (2010): S.17; Diamond (2006): S.98). Diesbezüglich gelte es also die Balance, zwischen einer möglichst kurzen und dennoch ausreichend langen Intervention zu finden: „while staying for a long time does not guarantee success, leaving early ensures failure“ (Dobbins (2003): S.103). Als eine Begründung weshalb es der USA im Irak nicht gelang diese Balance im Irak zu finden, wird auch die Rivalität zwischen dem US-Verteidigungs- und dem US-Außenministerium genannt, welche eine Zusammenarbeit erschwerte und Uneinigkeiten förderte (vgl. Rieff (2003): S.5)²⁵. In Folge wurden beispielsweise auch keine Experten des Außenministeriums bezüglich der Planung des weiteren Vorgehens im Pentagon berücksichtigt,

²⁴ Als einen Vorteil einer frühen Re-Solidarisierung des Zielstaates lässt sich anführen, dass selbst wenn in Folge dessen Regierungsfehler unternommen werden, diese nicht Ressentiments gegenüber einem extern agierenden Staat aufkommen lassen, sondern der Verantwortung des Zielstaates selbst zuzurechnen seien (vgl. Bacevich, et al. (2013): S.19).

²⁵ Hinzu kommt, dass die CPA dem Verteidigungsministerium unterstellt wurde, wobei dieses im Gegensatz zum Außenministerium keine Erfahrungen in Bezug auf das Betreiben einer solchen Außenstelle besaß (vgl. Dobbins, (2009): S.158).

welche einige der heutigen Probleme bereits vorhergesagt hätten (vgl. Rieff (2003): S.5; Diamond, (2004): S.35; Diamond, (2006): S.105; Norton, et al. (2008): S.136)²⁶.

Ein weiterer Aspekt, welcher im Kontext mangelnder Planung der Demokratieförderungspolitik und damit als mögliche Ursache für das Ergebnis des Irak-Einsatzes zu nennen sei, ist das Fehlen einer breiten internationalen Legitimation des Einsatzes (vgl. Diamond (2010): S.15; Diamond (2006): S.107). Damit verbunden ist wiederum der unterstellte Mangel an zur Verfügung gestellten Ressourcen, welcher wiederum darauf zurückzuführen sei, dass die Mittel, ohne den Rückhalt beispielsweise der UN, alleine von den USA (teils mit der Unterstützung durch Großbritannien) bereitgestellt werden mussten (vgl. Diamond (2010): S.15; Hendrickson/Tucker (2005): S.9). Wenngleich in diesem Zusammenhang nun oftmals argumentiert wird, unilaterales Vorgehen gänzlich aus dem Kontext der Außenpolitik bzw. Demokratieförderungspolitik zu verbannen (vgl. Norton et al. (2008): S.145), so kann dies gleichfalls auch als eine Frage der Abwägung gedeutet werden. So gelte es diesbezüglich also erneut eine Balance zu finden zwischen der Beteiligung weiterer Akteure am Demokratieförderungs- und insbesondere *Nation-Buiding-Prozess*, um etwa eine Aufteilung der Kosten, sowie gesteigerte Legitimität zu erreichen und einer gleichzeitigen Wahrung der *Unity of Command*, welche beispielsweise die Effektivität eines solchen Einsatzes stärke (vgl. Dobbins (2003): S.102).

Ein Mangel an Ressourcen bzw. deren ineffizienter Einsatz als Ursache für die bisherigen Ergebnisse des Irak-Einsatzes

Als Ursache für den bisher zu verzeichnenden Misserfolg der Demokratieförderung im Irak wird häufig auch ein Mangel an zur Verfügung gestellten Ressourcen seitens des intervenierenden Staates vermutet. Dabei basiert dieses Argument auf der Annahme, dass sich ein erhöhter Einsatz von Ressourcen signifikant in einem höheren Maß an ökonomischer und demokratischer Fortschrittlichkeit des Zielstaates zeige (vgl. Dobbins (2003): S.99). In Bezug auf die Demokratieförderungspolitik der USA im Irak, wird dabei insbesondere auf den, im Vergleich zur Populationsgröße des Ziellandes verhältnismäßig geringen Einsatz an Truppen, hingewiesen (vgl. Brownlee (2007): S.332; Diamond (2005): S.13). Dabei gelte jedoch „an inverse correlation between the size of the stabilization force and the level of risk. The higher the proportion of stabilizing troops, the lower the number of casualties suffered and inflicted“ (Dobbins (2003): S.104). Neben einer angemessenen Truppenanzahl sei es zudem wichtig, dass das Militär speziell für die Aufgabe der Etablierung einer Ordnung geschult sei. Diamond schlägt zur Bewältigung dieser Herausforderung einen Mischtyp zwischen einer *war-making Army* und einer *crime-fighting Police* vor (vgl. Diamond (2010): S.14).

Zudem wird von einer zeitlich zu geringen Dauer des Einsatzes gesprochen, wobei Diamond die konkrete Angabe eines Zeitraums von mindestens fünf bis zehn Jahren vorschlägt, welcher nicht allein

²⁶ Norton spricht dabei von einem „ostrich’s approach to stategic panning“ (Norton, et al. (2008): S.137).

durch Besetzung, sondern beispielsweise auch durch internationales Engagement abzuleisten sei (vgl. Diamond (2005): S.13).

Aber auch in der ineffizienten Verwendung der eingesetzten Ressourcen wird eine weitere Ursache für den eingeschränkten Erfolg der Irak-Intervention gesehen. Ein möglicher Ansatz führt dabei diese Ineffizienz auf die Differenz zwischen dem erklärten Ziel der Demokratieförderung und die vermeintlich tatsächlichen, strategischen Ziele zurück, welche miteinander in Konflikt geraten (vgl. Norton et al. (2008): S.138-139). So argumentiert etwa Diamond, die US-Regierung habe nie ernsthaft versucht die, für eine demokratische Ordnung nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wobei nicht die Anzahl der Truppen, sondern vielmehr deren Spezialisierung beispielsweise auf Friedenssicherung, den Wiederaufbau des Staates oder überwachende Patrouillen, entscheidend gewesen wäre (vgl. Diamond (2004): S.34-35). Am Beispiel des Iraks wird diesbezüglich sogar auf eine Verschlechterung der Zustände durch den Einsatz der vorhandenen Ressourcen gesprochen. So hätten amerikanische Kampagnen, welche sich insbesondere die Schwächung staatlicher Unternehmen durch Privatisierung zum Ziel gesetzt hätten, die Arbeitslosigkeit der irakischen Bevölkerung verstärkt (vgl. Doe (2004): S.113). Ein weiterer Hinweis auf die ineffiziente Nutzung der Ressourcen im Irak sei außerdem der nach wie vor schlechte Zustand des Versicherungsnetzes, der brisante Mangel an Wohnraum, sowie die unbefriedigende Verfassung kommunaler Dienstleister (vgl. Doe (2004): S.109-113). Insbesondere der Einsatz finanzieller Ressourcen wird zudem aufgrund der ungleichen Verteilung unter der irakischen Bevölkerung kritisiert. So begünstige etwa die Reduzierung der finanziellen Unterstützung zur Lebensmittel- und Energieversorgung, mit der Absicht eine größere Diversität der Wirtschaft zu erreichen, insbesondere die mittelständischen Iraker, während Ärmere kaum davon profitierten (vgl. Doe (2004): S.112; Norton et al. (2008): S.156). Durch diese Ungleichverteilung ökonomischer Bevorteilung und Ressourcen, im Rahmen exklusiver, ökonomischer Programme, würden - so das Argument - klare *Gewinner* und *Verlierer* innerhalb der irakischen Bevölkerung entstehen, welche sich sodann meist entlang einer bereits bestehenden Konfliktlinie im Land ausmachen ließen (Sunniten vs. Schiiten beispielsweise), diese verstärkten und im schlechtesten Fall in einem Krieg zwischen den jeweiligen Gruppen gipfelten, welcher sodann nicht im Kontext politischer Identitäten, sondern vielmehr in dem eines *Kulturkampfes* stehe (vgl. Norton et al. (2008): S.156).

Eine weitere Problematik in Bezug auf den Ressourceneinsatz bestehe außerdem in einigen Missverständnissen über den autorisierten Zugang zu den bereitgestellten Mitteln. So wurden beispielsweise Kapitalausleihen von der irakischen Bevölkerung aus schlichter Unsicherheit über einen autorisierten Zugang nicht genutzt (vgl. Doe (2004): S.111).

Doch nicht nur der Frage danach *wie* Ressourcen eingesetzt werden wird hier Relevanz zugesprochen, auch der zeitliche Aspekt *wann* diese zur Anwendung kommen müsse berücksichtigt werden. So setzten etwa die finanziellen Hilfen des durch den Krieg stark beeinträchtigten Agrarsektors erst sehr

spät ein, als sich die Böden und damit auch der Binnenmarkt bereits wieder zu erholen begannen (vgl. Doe (2004): S.112).

Die Entscheidungen über den Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen wurden allerdings, trotz der heute feststellbaren Mängel durchaus bewusst getroffen und könnten daher auch als Teil inadäquater Planung betrachtet werden. So wurden diese Großteils auf Basis falscher Annahmen getroffen. Beispielsweise wurden die finanziellen Mittel nicht im vollen möglichen Umfang bereitgestellt, da man mit einem bald einsetzenden Investment internationaler Akteure rechnete (vgl. Doe (2004): S.110). Ebenso wurde versucht die finanziellen Kosten des Einsatzes zu reduzieren, in der Annahme, der Irak könne die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau, aufgrund der Erdölvorkommen, bald selbst aufbringen (vgl. Hendrickson/Tucker (2005): S.1)²⁷. Zudem fehlte eine gewisse Sensibilität für die Bedürfnisse der irakischen Bevölkerung, um den effizienten Einsatz der Ressourcen möglich zu machen. So bestand etwa aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen eine große Nachfrage nach Arbeitsplätzen im Irak, welche von den USA, ebenso wie der Bedarf an Maßnahmen des *Capacity-Building*, aufgrund der stark zentralisierten Geldmittel auf Projekte des Wiederaufbaus etwa der Etablierung umfangreicher Infrastruktur, nicht adäquat bedient werden konnte (vgl. Diamond (2010): S.20; Diamond (2006): S.110-111; Dobbins (2009): S.151).

4 Kritische Bewertungen des Einsatzes in der politikwissenschaftlichen Debatte: Effektivität, Legitimität und Legalität

Wenngleich, auch vor dem Hintergrund dieser Ausführungen also ein breiter Konsens in Bezug auf Demokratie als universeller Wert in der politikwissenschaftlichen Literatur zu bestehen scheint, so gibt es doch geteilte Meinungen darüber ob und in welchem Ausmaß die aktive Förderung von Demokratie durch politische Akteure zu unterstützen sei (vgl. Schraeder (2003): S.22). Dabei stellen *Effektivität*, *Legitimität* und *Legalität* die normativen Kriterien dar, nach welchen ein Einsatz zur externen Demokratieförderung meist bewertet wird (vgl. Grimm (2008): S.461). Daraus ergeben sich in Folge drei theoretische Perspektiven auf eine Demokratieförderungsmission: so kann eine Bewertung aus dem Blick verschiedener Theorien, welche Aussagen über die *Effektivität* eines Einsatzes zulassen, aus der Sicht der Ethik (*Legitimität*), sowie aus derjenigen des Gesetzes (*Legalität*), stattfinden (vgl. Grimm (2008): S.461). An den Bewertungen bezüglich der Intervention im Irak werden dabei aus jeder Perspektive stark unterschiedliche Standpunkte deutlich.

In Folgendem sollen nun diese Sichtweisen und Bewertungen aus der wissenschaftlichen Literatur in Hinblick auf das Vorgehen der USA im Irak dargestellt, sowie kurz auf die Art und Weise der Demokratieförderung allgemein, wie sie im Irak zur Anwendung kam, eingegangen werden. Das Kapitel setzt sich also mit dem Irak-Einsatz im Kontext der *Democracy Promotion by Force*

²⁷ Vor dem Hintergrund der bereits erwähnten, schlechten ökonomischen Verfassung des Staates erscheint diese Vorstellung jedoch stark unrealistisch (vgl. Norton, et al. (2008): S.147).

auseinander, um die Darstellung der politikwissenschaftlichen Diskussion abzurunden und eine Einschätzung dieser Intervention zu ermöglichen.

„*Can democracy be promoted by force?*“ (Patterson/Amaral, (2009): S.342)

Beschäftigt man sich also zunächst aus Sicht der *Effektivität* mit *coercion*, im Sinne eines Einsatzes militärischer Gewalt als Instrument zur Förderung von Demokratie, so wird einerseits von den Befürwortern auf die erfolgreiche Anwendung in Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verwiesen, andererseits betonen jedoch die Kritiker, es handele sich bei diesen Fällen um Ausnahmen, sodass die Erfolgswahrscheinlichkeit zu gering für die hohen Kosten eines derartigen Einsatzes sei (vgl. Beichelt (2012): S.4). Wenngleich der Bezug auf die Geschichte ein Vorgehen der *coercion* nun nicht per se als ineffizient zurückweist, so gelten Zwangsmaßnahmen mittels militärischer Gewalt zu Demokratieförderungszwecken mit Blick auf Staaten wie etwa Afghanistan doch häufig als kaum effektiv, wobei insbesondere schlechte Voraussetzungen für Demokratie im Zielland als Begründung für den eingeschränkten Erfolg in der Literatur angeführt werden (vgl. Beichelt (2012): S.4-5).

Des Weiteren besteht eine konzeptionelle Kritik in Bezug auf die effektive Anwendung von militärischen Zwangsmaßnahmen in der Ansicht, dass das externe Engagement eines intervenierenden Staates nicht nur altruistische Motive aufweise, sondern vielmehr auf eine Mischung aus sicherheitspolitischen, strategischen und ideologischen Zielen zurückzuführen sei (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.460). Dabei warnt Schraeder etwa davor, durch die parallele Verfolgung unterschiedlicher Interessen, Demokratieförderung als primäres Ziel zu verdrängen und diese in Folge zu vernachlässigen (vgl. Schraeder (2003): S.33; Beichelt (2012): S.4). Eine solche Tendenz äußere sich beispielsweise durch die Bereitschaft die Mängel autokratischer Systeme zu verharmlosen oder die Aufrechterhaltung von staatlichen Unterstützungsprogrammen trotz massiver Menschenrechtsverletzungen weiterzuführen (vgl. Schraeder (2003): S.34). Diese Kritik lässt sich daher zusammenfassen als: „If democracy promotion is reduced to an instrumentals strategy for producing political outcomes favorable to U.S. interests, the value and legitimacy of the concept will be lost“ (Carothers (2003): S.94). Diesbezüglich wird sodann argumentiert, dass ein festes Ziel jeder militärischen Intervention, wenngleich ihr Fokus auf nationale Sicherheitsinteressen gerichtet sein mag, darin bestehen solle, Freiheit und demokratische Strukturen zu fördern (vgl. Patterson/Amaral (2009): S.342).

Weitere Aussagen in Bezug auf die effektive Anwendung militärischer Mittel zur externen Förderung von Demokratie beziehen sich außerdem auf die Kontroverse zwischen unilateralem und multilateralem Vorgehen, wobei es die bereits erwähnte Balance zu finden gelte zwischen der Beteiligung weiterer Akteure, zur Kostenaufteilung und Steigerung der Legitimität, sowie der gleichzeitigen Wahrung der *Unity of Command*, welche wiederum die Effektivität eines solchen Einsatzes stärke (vgl. Dobbins (2003): S.102).

Ähnliches treffe auch auf die Dauer eines militärischen Demokratieförderungseinsatzes zu, welche sich maßgeblich auf die Effektivität der Mission auswirke. Neben einem möglichst kurzen, jedoch zugleich ausreichend langem Interventionszeitraum, um Stabilität im Zielstaat herstellen zu können, sei es dabei insbesondere relevant, diesen einzugrenzen und den Zeitpunkt für das Ende der Mission genau zu planen (vgl. Dobbins (2003): S.103).

Zudem wirke sich der bereits dargestellte Einsatz von Ressourcen auf die Effektivität einer solchen Intervention zur Demokratieförderung aus, wobei diese einerseits in ausreichender Menge vorliegen, um die Aufgabe der Etablierung einer Demokratie bewältigen zu können und andererseits strategisch, sowie unter Berücksichtigung der individuellen Bedingungen innerhalb des Zielstaates eingesetzt werden sollten (vgl. Kapitel 3.3).

Should democracy be promoted by force?

In Hinblick auf die Zulässigkeit (*Legitimität*) solcher, militärischer Maßnahmen zum Zweck der Demokratieförderung werden insbesondere zwei Aspekte diskutiert (vgl. Beichelt (2012): S.5). Einerseits wird der Schutz der Menschenrechte als normative Grundlage, um einen Regimesturz wenn nötig mittels militärischer Gewalt herbeiführen zu können, verhandelt. Andererseits gilt jedoch die UN als Entscheidungsträger über die Zulässigkeit eines Krieges vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Staatssouveränität, welcher grundsätzlich einem extern durchgeführten Eingriff in einen anderen Staat entgegensteht (vgl. Beichelt (2012): S.5). Die Kontroverse liegt dabei nun in der Frage, ob zum einen die Wahrung der Menschenrechte dem Paradigma des *non-Intervention* überzuordnen sei, sowie darin, ob eine solche Entscheidung von einer so exklusiven Gruppe politischer Akteure, wie sie in der UN organisiert sind, rechtmäßig getroffen werden kann (vgl. Beichelt (2012): S.5). Bezüglich dieses Aspekts wird nun insbesondere auf die normative Verbindung zwischen Demokratie und dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung hingewiesen. Dabei bestehe ein genuiner Widerspruch, sofern mittels militärischer Intervention, welche eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes darstelle, versucht werde Freiheit und damit Selbstbestimmung wiederum zu erzwingen (vgl. Beetham (2009): S.446): „Democracy shares with sovereignty the core idea of popular self-determination, of which one is the internal, the other the external, expression“ (Beetham (2009): S.446).

Der Fokus der wissenschaftlichen Debatte über die Zulässigkeit militärischer Demokratieförderung liegt dabei insbesondere auf der Gestaltung der Zeit nach dem meist erfolgreichen Sturz des alten Regimes (vgl. Beichelt (2012): S.5), in welcher es gelte eine politische und soziale Ordnung zu etablieren und diese zu sichern. Mit Blick auf die Politik der USA im Irak zeigt sich dabei zunächst ein starker militärischer, sowie ökonomischer Einfluss der USA auf die Region, wobei es trotz dieser dominanten Stellung nicht gelinge die Macht strategisch so einzusetzen, dass langfristig Ordnung und Stabilität in der Region gewährleistet werden könne (vgl. Bâli/Rana (2010): S.211). Außerpolitische Gewaltanwendung, anti-amerikanische Stimmen und ein zunehmender Glaubwürdigkeitsverlust der USA vor den eigenen Verbündeten seien dabei als die Folgen dieses Vorgehens aufzuzählen (vgl.

Bâli/Rana (2010): S.211). In Bezug auf die Demokratieförderungspolitik der USA sei also von einer „short-term dominance and long-term weakness“ (Bâli/Rana (2010): S.212) zu sprechen, welche den gewaltsamen Eingriff nicht zu rechtfertigen scheint.

Eine andere Antwort auf die Frage nach der Zulässigkeit der Anwendung militärischer Gewalt im Irak unter der Bezeichnung einer Demokratieförderungspolitik erkennt in der erklärten Zielsetzung des Einsatzes, wonach eine Entwaffnung des Iraks insbesondere von CBRN-Waffen, stattfinden sollte allein einen Vorwand, um so die Zustimmung für den bereits seit langem anvisierten, militärischen Einsatz im Irak zu erhalten, wobei mit den Anschlägen des 11. September 2001 diese Zustimmung erstmals wahrscheinlich wurde (vgl. Beetham (2009): S.444). Die Invasion des Iraks diene damit insbesondere den Interessen der USA, etwa die eigene Macht zu demonstrieren, sowie strategische Ziele, wie einen gesicherten Zugang zu Erdölressourcen oder die Gewährleistung der eigenen Sicherheit zu verwirklichen, und sei somit nicht als militärische Intervention zum Zwecke der Demokratieförderung vertretbar (vgl. Beetham (2009): S.444).

Eine ebenso klare Antwort dazu formuliert Archibugi, welcher Demokratieförderung mittels militärischer Gewalt grundsätzlich als ethisch widersprüchlich zurückweist (vgl. Archibugi (2007): S.41). So argumentiert er, dass Demokratieförderung häufig als rhetorisches Mittel zur verdeckten Durchsetzung strategischer Interessen eingesetzt werde, sodass darüber eine Demokratieförderung durch Überzeugung oder politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vernachlässigt werde (vgl. Archibugi (2007): S.41). Die moralische Verwerflichkeit zeige sich dabei insbesondere in den hohen Kosten, welche die Invasion des Iraks verursachte. So verloren bei dem ca. drei Trillionen US-Dollar teuren Einsatz etwa 3.000 US-Soldaten, sowie rund 655.000 Iraker ihr Leben (vgl. Archibugi (2007): S.41). Die dabei hergestellte Verbindung zwischen hohen militärischen, sowie Opportunitätskosten und Demokratieförderung wird besonders stark kritisiert, sofern es sich um eine externe Intervention handelt, welche nicht von der Bevölkerung eines Zielstaates ausgeht (vgl. Epstein et al. (2007): S.9). Da insbesondere in solchen Fällen trotz der hohen Kosten meist kaum Sicherheit darüber bestehe, auch einen langfristigen Erfolg erzielen zu können (vgl. Epstein et al. (2007): S.9). Eine Frage, welche diesbezüglich nun gestellt wird lautet: „Is spending this amount of money for democracy promotion rather than for domestic programs worth it to American taxpayers?“ (Epstein et al. (2007): S.9). Eine mögliche Antwort darauf lautet, es könne derzeit in Bezug auf die Proportionalität der Kosten gegenüber den Nutzen der militärischen Intervention im Irak noch keine Aussage gemacht werden. So sei etwa ungewiss, ob die Intervention letztlich mehr Ansehen der Menschenrechte schaffe, als durch den militärischen Eingriff verletzt wurden (vgl. Heinze (2006): S.28). Dies gelte dabei insbesondere in Hinblick auf die Überzeugung, dass Demokratieförderung auch destabilisierend auf eine Region wirken kann, sofern ein Staat während der Transitionsphase, in welcher sich der Irak demnach noch befinde, militärisch und institutionell geschwächt, beispielsweise Angriffen durch Nachbarstaaten oder internen Konflikten ausgesetzt würde (vgl. Epstein et al. (2007): S.10).

Eine ebenfalls normative Einordnung vollziehen in Bezug auf die oben genannte Fragestellung Grimm und Merkel (vgl. Grimm/Merkel (2008)). Diese formulieren dabei zunächst ein Kategoriensystem zur Einordnung verschiedener Modi der Demokratieförderung durch externe Akteure, wobei die Intervention der USA im Irak unter die Gruppe der *Demokratieförderung durch Krieg* subsumiert wird. Im Fokus dieses Modus steht der Sturz des autoritären Herrschers, sowie die anschließende Installation von Demokratie und des Rechtsstaatsprinzips (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.459). Demokratiefördernde Akteure seien bei diesem Typus innerhalb des Zielstaates gegenüber stark anti-demokratischen Kräften kaum zu finden (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.459). In Bezug auf die Bewertung von Demokratieförderung mittels militärischer Gewalt besitzen Grimm und Merkel nun die Auffassung, dass ein solches Vorgehen durchaus dazu geeignet sei eine Gelegenheit für einen Regimewechsel zu schaffen, sowie politische Instabilität und sicherheitspolitische Probleme anzugehen (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.468). Jedoch sei es zunächst wichtig, einen Prozess des *Peace-Building*²⁸ einzuleiten bzw. eine stabile Interimsregierung zu etablieren, welche über ausreichend Autorität verfüge, um einen vertrauten Umgang mit demokratischen Abläufen und Strukturen in der Bevölkerung verbreiten zu können (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.468). Dies gelinge jedoch allein unter der Voraussetzung ausreichender Legitimität der intervenierenden Akteure unter der Bevölkerung sowie den lokalen Eliten des Zielstaates (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.468). Zudem dürfe der intervenierende Staat sich keinesfalls zurückziehen bevor die implementierten demokratischen Strukturen nicht, unter Einbeziehung der lokalen Akteure, ausreichend Rückhalt besitzen, um ohne externe Maßnahmen fortbestehen zu können (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.468). Kurz: „democratization must be embedded in a comprehensive agenda of political, social, and economic methods of peace-building“ (Grimm/Merkel (2008): S.467-468).

Mit Blick auf den Irak lässt sich vor diesem Hintergrund jedoch feststellen, dass dieser weder über eine politische Zivilbevölkerung noch über einen funktionierenden Staatsapparat verfügt (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.469). Grimm und Merkel beschreiben dies als einen Zustand des im Hobbes'schen Sinn *war of all against all*, wobei die intervenierenden Kräfte auch aufgrund starker kultureller Differenzen als illegitim erachtet werden (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.469). Die USA sehen sich bezüglich des Irak also mit der Aufgabe konfrontiert zugleich *nation-, state- and democracy-building* betreiben zu müssen, ein Unterfangen, dessen Erfolgsaussichten die Autoren als *dangerous illusion* bezeichnen (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.269). Der Kern dieser Kritik liegt dabei in der fehlenden Verbindung zwischen der kurzfristigen Intervention, dem Sturz Saddam Husseins und einer langfristigen Strategie zur Etablierung einer stabilen Demokratie, welche nur unter dem Rückhalt einer multilateralen Allianz zu verwirklichen sei (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.469). Es gelte

²⁸ Laut einem Beschluss des UN Secretary-General's Policy Committee aus dem Jahr 2007 ist der Begriff wie folgt definiert: *Peacebuilding involves a range of measures targeted to reduce the risk of lapsing or relapsing into conflict by strengthening national capacities at all levels for conflict management, and to lay the foundations for sustainable peace and development. Peacebuilding strategies must be coherent and tailored to specific needs of the country concerned, based on national ownership, and should comprise a carefully prioritized, sequenced, and therefore relatively narrow set of activities aimed at achieving the above objectives (UN (2007)).*

diesbezüglich der Grundsatz: „Either humanitarian interventionists must be prepared for a prolonged engagement in the country of intervention in order to establish the rule of law and democracy, or external actors should refrain from intervention altogether“ (Grimm/Merkel, (2008): S.463), wobei der Einsatz im Irak also auf Basis einer mangelhaften strategischen Vorbereitung auf eine längerfristige Intervention durchgeführt wurde und demnach als illegitim zu bezeichnen sei.

Can Democracy Promotion by means of force considered to be legal?

In Bezug auf die Frage nach der Legalität eines militärischen Einsatzes zum Zwecke der Demokratieförderung legt das Völkerrecht zunächst fest, dass allein aus Selbstverteidigung oder zur Notfallunterstützung eines anderen Staates eine Intervention zulässig ist (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.462). Zudem kann die UN über die Autorisierung eines Staates zur Intervention in einem anderen Staat entscheiden (vgl. Grimm/Merkel (2008): S.462). Dabei gelten insbesondere humanitäre Interventionen als rechtlich legitimierbar, weshalb die USA, nachdem im Irak keine CBRN-Waffen gefunden werden konnten, die Intervention als humanitären Einsatz zu deklarieren sucht (vgl. Heinze (2006): S.20). Um einen militärischen Eingriff in einen anderen Staat jedoch als humanitäre Intervention verstehen zu können, ist die Erfüllung der von der *Internationale Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS) formulierten Kriterien notwendig (vgl. Heinze (2006): S.22). Erstens müssen die Motive des intervenierenden Staates von humanitärer Qualität sein (vgl. Heinze (2006): S.22). Jedoch zeigt sich diesbezüglich am Vorgehen im Irak, dass etwa das Motiv Demokratie fördern zu wollen zunächst im Vergleich zu dem primären Ziel der Entwaffnung des Iraks, vernachlässigt wurde (vgl. Heinze (2006): S.22). Aufgrund der Tatsache aber, dass Motive sehr schwer festzustellen seien, lautet ein alternativer Ansatz diese erst im Nachhinein festzustellen, also zu betrachten, ob eine Intervention ein positives *humanitarian Outcome* generieren konnte oder nicht, um im Anschluss zu entscheiden, ob eine humanitäre Intervention durchgeführt wurde (vgl. Heinze (2006): S.23). Aus dieser Perspektive weist der Einsatz im Irak durchaus Elemente einer humanitären Intervention auf, denn es gelang immerhin Pressefreiheit, freie Wahlen sowie einen neuen Verfassungsentwurf zu etablieren (vgl. Heinze (2006): S.24). Ein zweites Kriterium legitimiert einen militärischen Einsatz nur unter der Bedingung massiver Menschenrechtsverletzungen, wie Genozide oder Massentötungen im Zielstaat (vgl. Heinze (2006): S.24). Wenngleich im Irak kein solcher Zustand zu beobachten war, so argumentieren doch einige für die rechtliche Möglichkeit, militärische Gewalt aus humanitären Gründen gegen ein unterdrückerisches Regime einsetzen zu dürfen (vgl. Heinze (2006): S.26). Als drittes Kriterium wird genannt, dass der Einsatz von militärischer Gewalt nur als letzte Möglichkeit und sofern andere Maßnahmen zum Scheitern verurteilt werden könnten, legal eingesetzt werden darf (vgl. Heinze (2006): S.26). Gegeben die Weigerung Saddam Husseins in Androhung einer militärischen Intervention die Macht abzugeben, könne das Vorgehen der USA im Irak auch bezüglich dieses Kriteriums als legal, im Sinne einer humanitären Intervention erachtet werden (vgl. Heinze (2006): S.27). Gleiches gilt dabei für den vierten Aspekt, welcher voraussetzt,

dass der intervenierende Staat über ausreichende Kapazitäten verfügen müsse, um gegenüber dem Zielstaat die Oberhand gewinnen zu können (vgl. Heinze (2006): S.27). Als letztes Kriterium wird sodann die internationale Autorität angeführt, unter welcher eine militärische Intervention stattfinden solle, wobei ein multilaterales Vorgehen vorzuziehen sei. In Hinblick auf den Irak wird dabei aufgrund der Beteiligung Großbritanniens argumentiert, dass Multilateralismus durchaus erkennbar sei (vgl. Heinze (2006): S.29-30).

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion in Bezug auf die jeweilige Auslegung der Kriterien lässt sich also schließen, dass ein militärischer Einsatz durchaus als legal erachtet werden kann, selbst wenn er nicht formal durch die UN autorisiert wurde (vgl. Heinze (2006): S.31). Besondere Brisanz erhalte das Fehlen eindeutiger Kriterien in Bezug auf *präventive* militärische Maßnahmen. So könne dies dazu führen, dass sowohl Staaten, welche tatsächlich eine Gefahr darstellen zum Ziel militärischer Maßnahmen werden als auch Staaten, welche die USA nur als feindlich empfinde (vgl. Record (2003): S.18). Die Grenze zwischen präventiven Maßnahmen und unrechtmäßiger Aggression gegenüber einem anderen Staat scheint also zu verschwimmen, sodass die Gefahr bestehe, dass Staaten dieses Argument verwenden um wiederum in andere Staaten einzugreifen (vgl. Record (2003): S.18-19). Acharya beschreibt die Strategie der USA, um einen Eingriff in ein anderes Land, welches mit Terrorismus in Verbindung gebracht wird, legitimieren zu können mit dem Begriff *selective Sovereignty*, wonach in Staaten, welche die *well-ordered World of Sovereign States* gefährden, eingegriffen werden dürfe (vgl. Acharya (2007): S.274). Dabei steht dieser Begriff in der Tradition des von Krasner formulierten Konzepts der *organized Hypocrisy*, welcher die stete Nichtbeachtung vermeintlich lang etablierter Normen, wie die des *non-Intervention* zu Gunsten anderer Ziele bezeichnet (vgl. Acharya (2007): S.274). Im Falle der Intervention der USA im Irak sei dieses Modell in den vorgeblichen Zielsetzungen Menschenrechte schützen und Demokratie etablieren zu wollen, welche die Fassade für die geopolitischen und ideologischen Interessen des Einsatzes darstellen, verwirklicht (vgl. Acharya (2007): S.274). Es können also unterschiedliche Begründungen für die Verletzung staatlicher Souveränität vorgebracht werden, sowie unterschiedliche Modi in Bezug auf die Art und Weise dieser Verletzung zur Anwendung kommen (vgl. Acharya (2007): S.277). Die Logik des *War on Terror* besteht dabei in der Verknüpfung des Ziels die nationale Sicherheit Amerikas gegenüber der transnationalen Gefahr des Terrorismus zu bewahren, sowie das Bestreben Menschenrechte zu schützen und der vermeintlichen Notwendigkeit dafür das Prinzip des *non-Intervention* übergehen zu müssen, sodass das Vorgehen einer humanitären Interventionen gleichkomme (vgl. Acharya (2007): S.279-280). Acharya kommt dabei zu dem Schluss: „The attempt to hang the war on terror and the regime change and democracy promotion agendas on the prior and evolving justifications for humanitarian intervention is one of the most remarkable ironies of US foreign policy after 9/11“ (Acharya, (2007): S.288). Die Implikation dahinter warnt also vor einer Gleichsetzung humanitärer Interventionen und des *War on Terror*, sowie deren gleichwertige Anerkennung als legale Unterfangen (vgl. Acharya (2007): S.291).

5 So what? Konsequenzen für zukünftige Demokratieförderungspolitik

Um nun die Anhaltspunkte für mögliche Verbesserungen zukünftiger, dem Irak ähnlicher Projekte im Bereich der Demokratieförderung klar identifizieren zu können, sollen an dieser Stelle die Kernaspekte der politikwissenschaftlichen Diskussion zu dem amerikanischen Demokratieförderungseinsatz im Irak nochmals explizit gemacht werden.

Welche Lehren lassen sich also aus der Demokratieförderungspolitik der USA im Irak für zukünftige, ähnliche Fälle ziehen?

In der Debatte um die Demokratieförderung im Irak wird dabei zunächst deutlich, dass strategische Ziele, sowie Sicherheitsinteressen die Etablierung einer Demokratie als primäres Ziel zu verdrängen scheinen, sodass dieses letztlich nur unzureichend erfüllt werde. Ein weiterer Einwand kritisiert eine zu starre Bindung der USA an das Konzept einer liberalen Demokratie. So sei diese nicht für alle Staaten bestmöglich geeignet. Die fundamentalen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, religiösen und ethnischen Bedingungen des Iraks wurden beispielsweise, so das Argument, durch das starre Festhalten an der Förderung eines liberalen Demokratiemodells, nur unzureichend in dem Vorgehen berücksichtigt, sodass keine Demokratisierung auf der Bevölkerungsebene erreicht werden konnte (vgl. Bridoux/Russell, (2013): S.329). Bridoux und Russell bezeichnen dies als ein *Lack of democratic Imagination* und sehen darin die größte Schwäche des Vorgehens im Irak (vgl. Bridoux/Russell, (2013): S.330). Dabei erscheint es durchaus angemessen, in der *post-Conflict* Situation eines Staates durch die Etablierung einer liberal-elektoralen Demokratie zunächst den Aufbau demokratischer Institutionen einzuleiten, am Beispiel des Iraks zeigt sich jedoch das Risiko dadurch einen unterhöhlten Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen, wobei demokratische Strukturen zwar formal übernommen, eine Transformation hin zu demokratischem Denken in der Bevölkerung jedoch nicht stattfindet (vgl. Bridoux/Russell, (2013): S.339).

Eine weitere Lehre aus dem Irak-Einsatz, welche sich ebenfalls insbesondere auf die *grass-root* Ebene des Demokratisierungsprozesses bezieht, besteht in der Erkenntnis, dass sich Demokratieförderungsmissionen meist über einen längeren Zeitraum hinweg erstrecken. Wenngleich das Beispiel der Irak-Intervention zeigt, dass der Regimesturz eines nicht-demokratischen Systems durchaus innerhalb weniger Monate erreicht werden kann, so wird zudem deutlich, dass dies für den nachfolgenden *Nation-Building* Prozess, sowie die Etablierung eines demokratischen Systems nicht in gleicher Weise gilt. Dabei verweist die in der politikwissenschaftlichen Literatur wiederholt auftauchende Kritik mangelhafter Planung, auf die Notwendigkeit eines strukturierten Vorgehens, sodass es insbesondere möglich wird, die *richtigen* Zeitpunkte für die jeweiligen Demokratieförderungsmaßnahmen zu erkennen und in Folge effektiv zu nutzen. Ein solcher Planungsprozess, so eine weitere Lehre des Iraks, bedürfe außerdem einer Berücksichtigung der konkreten Bedingungen innerhalb des Zielstaates, wie etwa die ethnische, religiöse Zusammensetzung der Gesellschaft oder die ökonomische Situation des Landes, sowie einer Reflexion über die Beschaffenheit der Nachbarstaaten, um die Herausforderung einer Demokratieförderungsmission

angemessen einschätzen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen zu können. In Bezug darauf verweist die Intervention im Irak auf die Nachteile eines – die Unterstützung Großbritanniens ausgeschlossen – unilateralen Vorgehens zur externen Förderung von Demokratie. Dabei erweist sich, neben einer umfangreicheren Verfügbarkeit von Ressourcen, insbesondere der Legitimitätsgewinn eines Demokratisierungseinsatzes durch eine multilaterale Herangehensweise als relevant. Das Fehlen eines UN-Mandats für den US-Einsatz im Irak habe beispielsweise maßgeblich zu einer Beschädigung amerikanischer Glaubwürdigkeit geführt, wobei sich das entstandene Misstrauen unter der irakischen Bevölkerung negativ auf die Bemühungen der USA, Demokratie zu etablieren, auswirkte.

Eine weitere, ähnliche Lehre bezieht sich ebenfalls auf die Legitimität der Demokratieförderungspolitik, wobei insbesondere die Autorität des intervenierenden Akteurs in den Blick genommen wird. Am Beispiel der Irak-Intervention sei diese durch inkongruentes Handeln geschwächt worden, welches darin bestand parallel die Förderung einiger und Sanktionierung anderer nicht-demokratischer Staaten entsprechend der eigenen Interessenslage vorgenommen zu haben. Es scheint hier also wiederum ausschlaggebend zu sein, welche Interessen dem Vorhaben *Demokratieförderung* zu Grunde gelegt werden, um dieses legitimieren und in Folge gelingen umsetzen zu können.

In Hinblick auf die Frage der Legalität scheint, wenngleich der Konflikt zwischen der Wahrung der Staatssouveränität und deren Verletzung durch Demokratieförderung bestehen bleibt, ein breiter Konsens über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung von Demokratie zu bestehen, wobei deren Ausmaß insbesondere in Hinblick auf die oftmals unterstellte mangelnde Effektivität umstritten ist.

Vor dem Hintergrund dieser Lehren, welche sich aus der Demokratieförderung im Irak aus der politikwissenschaftlichen Literatur herausarbeiten ließen, bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, welche konkreten Verbesserungsvorschläge sich für zukünftige Demokratieförderungseinsätze, etwa in der MENA-Region, formulieren lassen. Die Antwort darauf bleibt diese Arbeit schuldig, jedoch können die dargestellten Lehren aus dem Vorgehen im Irak als Ansatzpunkte für mögliche Verbesserungsvorschläge zukünftiger Demokratieförderungsvorhaben verwendet werden. In Hinblick auf die zahlreichen, in der Literatur bereits formulierten Optimierungsansätze ist dabei allen gemeinsam, dass sie keine Sicherheit für das Gelingen einer Demokratieförderungsmision versprechen, sondern vielmehr auf unterschiedliche Art und Weise begründen, wie sich ein bestimmtes Vorgehen positiv bzw. negativ auf einen möglichen Erfolg auswirken kann. Und so mag zwar der Entwurf eines *one-Size fits All* Demokratieförderungsmodells als unrealisierbar gelten, berücksichtigt man jedoch die Lehren aus dem Einsatz im Irak so können diese durchaus als Ausgangspunkte zur zukünftigen Verbesserungen der Demokratieförderungspolitik beitragen.

Literaturverzeichnis

Acharya, Amitav (2007): State sovereignty after 9/11: Disorganised Hypocrisy. In: Political Studies, Vol.55, No.2, S.274-296.

Archibugi, Daniele (2007): Exporting Democracy: What have we learned from Iraq?. In: Dissent, Vol.54, No.2, S.40-42.

Bacevich, Andrew J./Diehl, Jackson/Hayden, Michael V./Laqueur, Walter/O'Sullivan, Meghan L./Perle, Richard/Rieff, David/Wolfowitz, Paul D. (2013): Lessons Learned: The Iraq Invasion. In: World Affairs, Vol.176, No.1, S.8-34.

Bâli, Asli/Rana, Aziz (2010): American Overreach: strategic Interests and millennial Ambitions in the Middle East. In: Geopolitics, Vol.15, No.2, S.210-238.

Baroudi, Sami E. (2007): Arab Intellectuals and the Bush Administration's Campaign for Democracy: The Case of the Greater Middle East Initiative. In: The Middle East Journal, Vol.61, No.3, S.390-418.

Beetham, David (2009): The Contradictions of Democratization by Force: the Case of Iraq. In: Democratization, Vol.16, No.3, S.443-454.

Beichelt, Timm (2012): The Research Field of Democracy Promotion. In: Living Reviews in Democracy, Vol.3, S.1-13.

Bengio, Ofra (2007): Exporting Democracy: What Have We Learned from Iraq?. In: Dissent, Vol.54, No.2, S.42-43.

Berman, Paul (2007): Exporting Democracy: What Have We Learned from Iraq?. In: Dissent, Vol.54, No.2, S.46-49.

Bertelsmann Transformationsindex (2016): BTI 2016. Bertelsmann Stiftung. (verfügbar unter: <https://www.bti-project.org/de/index/>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Boaduo, Nana A. P. (2012): Invasion of Iraq: Introspective Analysis of US long term Foreign Policy in the Middle East. In: Journal of Political Studies, Vol.19, No.2, S.87.

Bridoux, Jeff (2011): 'It's the Political, stupid': national versus transnational Perspectives on Democratisation in Iraq. In: The International Journal of Human Rights, Vol.15, No.4, S.552-571.

Bridoux, Jeff/Russell, Malcolm (2013): Liberal Democracy Promotion in Iraq: A Model for the Middle East and North Africa?. In: Foreign Policy Analysis, Vol.9, No.3, S.327-346.

Bridoux, Jeff/Kurki, Milja (2014): Introduction. Why study Democracy Promotion today. In: Democracy Promotion: A critical Introduction. London und New York: Routledge, S.1-9.

Brownlee, Jason (2007): Can America Nation-Build?. In: World Politics, Vol.59, No.2, S.314-340.

Bush, George W. (29.January 2002a): President Delivers State of the Union Address. (verfügbar unter: <http://archives.cnn.com/2002/ALLPOLITICS/01/29/bush.speech.txt/>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Bush, George W. (18.September 2002b): Remarks Following a Meeting with Congressional Leaders and an Exchange with Reporters: The American Presidency Project. (verfügbar unter: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=64541&st=&stl=>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Bush, George W. (1.June 2002c): 1.Commencement address to army cadets at West Point. (verfügbar unter: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Bush, George W. (6.November 2003): President Bush Discusses Freedom in Iraq and Middle East. Office of the White House Press Secretary, remarks by the President at the 20th Anniversary of the National Endowment for Democracy. (verfügbar unter: <http://www.ned.org/remarks-by-president-george-w-bush-at-the-20th-anniversary/>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Bush, George W. (20.January 2005): 20.President Sworn into Second Term: Second Presidential Inaugural Address Given by President George W. Bush. White House Office of the Press Secretary. (verfügbar unter: <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=4460172>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Carothers, Thomas (2003): Promoting Democracy and fighting Terror. In: Foreign Affairs, Vol.82, No.1, S.84-97.

Carothers, Thomas (2007): The ‚sequencing‘ Fallacy. In: Journal of Democracy, Vol.18, No.1, S.12-27.

Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (2.Juni 2015): Verwendung des MENA-Begriffs. Universität Marburg. (verfügbar unter: <https://www.unimarburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/analysen/MENA>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Cohen, Mitchell (2007): Exporting Democracy: What Have We Learned from Iraq?. In: *Dissent*, Vol.54, No.2, S.50-52.

Cox, Michael/Ikenberry, G. John/Inoguchi, Takashi (2000): *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*. Oxford: Oxford University Press.

Cushman, Thomas (2007): Exporting Democracy: What Have We Learned from Iraq?. In: *Dissent*, Vol.54, No.2, S.53-54.

Dalacoura, Katerina (2005): US Democracy Promotion in the Arab Middle East since 11 September 2001: a Critique. In: *International Affairs*, Vol.81, No.5, S.963-979.

Davis, Eric (2005): History matters: past as prologue in building Democracy in Iraq. In: *Orbis*, Vol.49, No.2, S.229-244.

Diamond, Larry (2004): What went wrong in Iraq. In: *Foreign Affairs*, Sept./Okt., S.34-56.

Diamond, Larry (2005): Lessons from Iraq. In: *Journal of Democracy*, Vol.16, No.1, S.9-23.

Diamond, Larry (2006): Promoting Democracy in post-conflict and failed States. In: *Taiwan Journal of Democracy*, Vol.2, No.2, S.93-116.

Diamond, Larry (2010): Why are there no Arab Democracies?. In: *Journal of Democracy*, Vol.21, No.1, S.93-112.

Dobbins, James F. (2003): America's role in nation-building: From Germany to Iraq. In: *Survival*, Vol.45, No.4, S.87-110.

Dobbins, James F. (2009): Occupying Iraq: A short History of the CPA. In: *Survival*, Vol.5, No.3, S.131-162.

Doe, John (2004): Mismanaging Iraq: The Economics of Insurgency. In: *The National Interest*, Vol.78, S.108-113.

Downes, Alexander B./Monten, Jonathan (2013): Forced to be free? - Why foreign-imposed regime change rarely leads to democratization. In: *International Security*, Vol.37, No.4, S.90-131.

Echevarria, Antulio J. (2004): *Toward an American Way of War*. Army War College Strategic Studies Institute Carlisle Barracks PA.

Encarnación, Omar G. (2003): Beyond civil Society: Promoting Democracy after September 11. In: *Orbis*, Vol.47, No.4, S.705-720.

Engin, Kenan (2013): 'Nation-Building'-Theoretische Betrachtung und Fallbeispiel: Irak. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Epstein, Susan B./Serafino, Nina M./Miko, Francis T. (2007): *Democracy Promotion: Cornerstone of US foreign Policy*. Library of Congress Washington DC Congressional Research Service.

Etzioni, Amitai (2007): Security First: Ours, Theirs and the Global Order's. In: *The National Interest*, Vol.88, S.11-15.

Fallows, James (2004): Blind into Baghdad. In: *The Atlantic Monthly*, Vol.293, No.1, S.60-85.

Fukuyama, Francis (2005): ‚Stateness‘ First. In: *Journal of Democracy*, Vol.16, No.1, S.84-88.

Fürtig, Henner (2006): Irak: Ein Modell externer Demokratisierung auf dem Prüfstand. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Vol.3, S.46-64.

Global Peace Intex (2015): *Ten Years of Measuring Peace*. Institute for Economics and Peace. (verfügbar unter: <http://www.visionofhumanity.org/#page/indexes/global-peace-index/2016/IRQ/OVER>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Global Terrorism Index (2013): *Measuring and Understanding the Impact of Terrorism*. Institute for Economics and Peace. (verfügbar unter: <http://www.visionofhumanity.org/#page/indexes/terrorism-index/2014/IRQ/OVER>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Gordon, Philip H. (2003): Bush's Middle East Vision. In: *Survival*, Vol.45, No.1, S.155-165.

Greig, J. Michael/Enterline, Andrew J. (2014): The Durability of Imposed Democracy. In: *International Interactions*, Vol.40, No.2, S.166-190.

Grimm, Sonja/Merkel, Wolfgang (2008): War and Democratization: Legality, Legitimacy and Effectiveness. In: *Democratization* Vol.15, No.3, S.457-471.

Grimm, Sonja (2010): *Erzwungene Demokratie. Politische Neuordnung nach militärischer Intervention unter externer Aufsicht*. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Haun, Phil (2010): *On Death Ground: why weak States resist great Powers explaining coercion Failure in asymmetric interstate Conflict*. Massachusetts Inst of Tech Cambridge.

Heinze, Eric A. (2006): Humanitarian Intervention and the war in Iraq: Norms, Discourse, and State Practice. In: *Parameters*, Vol.36, No.1, S.20.

Hendrickson, David, C./Tucker, Robert, W. (2005): Revisions in Need of revising: What went wrong in the Iraq War?. In: *Survival*, Vol.47, No.2, S.1-32.

Hobson, Christopher (2009): The limits of liberal-Democracy Promotion. In: *Alternatives: Global, Local, Political*, Vol.34, No.4, S.383-405.

Ikenberry, G. John (2000): America's liberal grand strategy: Democracy and national Security in the post-war Era. In: *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*, S.103-126.

Kopstein, Jeffrey (2006): The transatlantic Divide over Democracy Promotion. In: *The Washington Quarterly*, Vol.29, No.2, S.85-98.

Krasner, Stephen D. (1999): *Sovereignty: organized Hypocrisy*. Princeton University Press.

Kroenig, Matthew/McAdam, Melissa/Weber, Steven (2010): Taking soft power seriously. In: *Comparative Strategy*, Vol.29, No.5, S.412-431.

Kurth, James (2005): Ignoring History: U.S. Democratization in the Muslim World. In: *Orbis*, Vol.49, No.2, S.305-322.

Lister, John (2007): Exporting Democracy: What Have We Learned from Iraq?. In: *Dissent*, Vol.54, No.2, S.55-56.

Magen, Amichai/McFaul, Michael (2009): Introduction: American and European Strategies to Promote Democracy: Shared Values, Common Challenges, Divergent Tools?. In: Promoting Democracy and the Rule of Law. American and European Strategies, eds. Magen, Amichai/Risse, Thomas/McFaul, Michael A.. Basingstoke: Palgrave Mcmillan, S.1-33.

McFaul, Michael (2004): Democracy promotion as a World Value. In: The Washington Quarterly, Vol.28, No.1, S.147-163.

Melia, Thomas O. (2005): The Democracy Bureaucracy: The Infrastructure of American Democracy Promotion. Princeton Project on National Security.

Monten, Jonathan (2014): Intervention and State-Building Comparative Lessons from Japan, Iraq, and Afghanistan. In: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol.656, No.1, S.173-191.

Norton, Augustus R./Bellin, Eva/Davis, Eric/Hudson, Michael C./Baktiari, Bahman/ Diwan, Kristin S. (2008): Advice to President Obama. In: Middle East Policy, Vol.15, No.4, S.134-156.

Patterson, Eric/Amaral, Jonathan (2009): Presidential Leadership and Democracy Promotion. In: Public Integrity, Vol.11, No.4, S.327-346.

Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Kerngedanken politischer Kulturforschung. In: Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Quinn, Adam (2007a): The Great Illusion: Chimeras of Isolationism and Realism in Post-Iraq US Foreign Policy. In: Politics & Policy, Vol.35, No.3, S.522-547.

Quinn, Adam/Cox, Michael (2007b): For Better, For Worse: How America's Foreign Policy became wedded to liberal Universalism. In: Global Society, Vol.21, No.4, S.499-519.

Record, Jeffrey (2003): The Bush Doctrine and War with Iraq. In: Parameters, Vol.33, No.1, 4-21.

Rieff, David (2003): Blueprint for a Mess. In: New York Times Magazine, Vol.2, S.1-12.

Robinson, William I. (2004): What to expect from US ‚Democracy Promotion‘ in Iraq. In: *New Political Science*, Vol.26, No.3, S.441-447.

Rosin, Philip (2006): Neue energiepolitische Initiative des US-Präsidenten: Wende der amerikanischen Energiepolitik?. Konrad-Adenauer-Stiftung: Washington, S.1-13.

Schraeder, Peter J. (2003): The State of the Art in International Democracy Promotion: Results of a Join European-North American Research Network. In: *Democratization*, Vol.10, No.2, S.21-44.

Schuppert, Gunnar F. (2008): Politische Kultur und Politische Kulturforschung: Begriffsgeschichte und Funktion. In: *Politische Kultur*. Baden-Baden: Nomos, S. 1-16.

Smith, Tony (2013): Democracy promotion from Wilson to Obama. In: Cox et. al (2013): *US Foreign Policy and Democracy promotion*. London: Routledge, S.13-36.

Statista (2009/2010): Ranking der 15 Länder mit der größten politischen Instabilität im Zeitraum 2009/2010. Das Statistik-Portal (verfügbar unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/186857/umfrage/laender-mit-der-groessten-politischen-instabilitaet/>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

United Nations Peacebuilding Support Office (2007): *Peacebuilding & the United Nations*. (verfügbar unter: <http://www.un.org/en/peacebuilding/pbso/pbun.shtml>; letzter Zugriff: 11.07.2016).

Windsor, Jennifer (2006): Advancing the Freedom Agenda: Time for a Recalibration?. In: *The Washington Quarterly*, Vol.29, No.3, S.21-34.

Wolff, Jonas/Wurm, Iris (2011): Towards a Theory of external Democracy Promotion: A Proposal for theoretical Classification. In: *Security Dialogue*, Vol.42, No.1, S.77-96.